

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Ausschluss: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Eingetrag. in der Post-Verordnungs-Verzeichnis für 1893 unter Nr. 4708.

Vorwärts

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: August B. Nr. 4180.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 19. Februar 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Der neue Jahresbericht des badischen Fabrik-Inspektors

Ist über das Jahr 1892 soeben erschienen, also noch früher, als bisher, zur Beschämung aller anderen deutschen Bundesstaaten, die immer erst eine möglichst lange Zeit im neuen Jahre verstreichen lassen, ehe sie die weit inhaltsloseren Berichte ihrer Aufsichtsbeamten veröffentlichen. Der neue badische Band ist reichhaltiger, denn jemals, er enthält zum ersten Mal eine erschöpfende Arbeiterstatistik, wie sie bisher nur Sachsen hatte, und er ist angefüllt mit interessanten Einzelheiten über die Hindernisse, welche das badische Unternehmertum der Einführung der neuen Arbeiterschutzbestimmungen vom vorigen Jahre entgegensetzte. Er enthält auch die nötigen diplomatischen Komplimente und Reverenzen, die ein Beamter der jetzigen Nachhaber nun einmal vor „edel“ oder „vornehm“ denkenden Unternehmern machen muß. Aber er giebt den Kapitalisten bei aller verbindlichen Form doch auch gehörige Pillen zu schlucken, und so sollen uns die nebensächlichen Beruhigungszuthaten nicht weiter stören.

Ueber die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Baden bringt der Verfasser des Berichtes, der als weiser Rabe unter den deutschen Fabrikinspektoren bekannte Regierungsrath Dr. Wörrishofer, Thatsachen bei, die unsere gute Reichsregierung und ihre Stellungnahme zum „außergewöhnlichen Nothstand“ in furchtbarer Weise nachträglich blamiren. Besonders aus Mannheim werden Arbeiterentlassungen und Lohnreduktionen gemeldet. Aus der Textilbranche werden Hungerlöhne der Arbeiterinnen (544 M. für 9 Tage angestrengter Arbeit!) mitgeteilt, die es begreiflich machen, daß „in der Ernährung der Arbeiter sicherlich noch eine Anzahl von Mischständen vorhanden ist“, um mit dem Bericht zu sprechen, auch wenn die Arbeiterfrauen noch „häuslicher“ wären, als sie der badische Aufsichtsbeamte mit den dortigen Frauenvereinen zusammen machen will. Unvermittelt daneben steht die ziffermäßige Feststellung, daß auf 126 296 Fabrikarbeiter in Baden nicht weniger als 41 491 weibliche, also ein volles Drittel, kommen. Ist es denn so schwer, daraus allein schon die „mangelhafte häusliche Bildung“ der Proletariatsmädchen und Frauen zu erklären? 14 pCt. dieser weiblichen Arbeiterinnen sind jugendliche unter 17 Jahren, 28 pCt. verheirathet oder verwitwet, der größte Theil der übrigen steht zwischen 16 und 20 Jahren, in denen die „häusliche Thätigkeit“ gelernt werden müßte, wenn — ja, wenn die Noth des Verdienens nicht wäre! Und dabei ist die Zahl der beschäftigten Kinder mit infolge des „industriellen Rückganges“, wie der Bericht sagt, von 2356 auf 593 gesunken, die der jungen Leute von 11 428 auf 10 887. Also Glend in der Fabrik und Glend außerhalb derselben. Es giebt aber keinen außergewöhnlichen Nothstand! Natürlich fand der Beamte auch das Bild in den Wohnungen der Arbeiter, die er speziell im Schwarzwald-Bezirk Triberg mit dem Bezirksarzte untersuchte, „wenig

erfreulich“, sodas hier nicht der gleiche Grad von Reinlichkeit, Ordnung und häuslichem Behagen möglich ist“, wie anderswo. Kurz — faßt man alle diese Flüge zusammen, so erhält man ein so trübes Bild vom vergangenen Jahre, daß es ein wahres Glück für Herrn v. Wörrischer ist, daß der Bericht nicht schon vor 4 Wochen erschien. Der Herr Staatssekretär hätte sich sonst sehr wesentlich in seinen Aeußerungen modifiziren müssen; denn nicht Arbeitergruppen, die früher schon in prekärer Lage waren, sind von der Krisis des Jahres besonders berührt worden, sondern „gerade die Klasse der bestbezahlten und sozial höher stehenden Arbeiter“ wurde z. B. in Mannheim „in ihrer ganzen Lebenshaltung herabgedrückt und in vielen Fällen der direkten Noth preisgegeben“. Wie will man jetzt im Reich den „außergewöhnlichen Nothstand“ definiren?

Das andere werthvolle Kapitel des neuen Berichtes betrifft die Durchführung der mageren Vorschriften der letzten Arbeiterschutz-Novelle in Baden. Dr. Wörrishofer ist gewiß mit aller Energie vorgegangen, die ihm seine Stellung erlaubte. Und doch — wie hat das Unternehmertum alle Schutzvorschriften wieder von vornherein zu durchlöchern gesucht! Die Aufsicht der Polizei auf dem Lande, deren Abhängigkeit von den örtlichen Interessen der Bericht direkt andeutet, ließ bezüglich der Kinderarbeit wieder alles zu wünschen übrig; Pausen wurden nicht eingehalten, Kinder in Zigarrenfabriken und Ziegeleien unmeniglich ausgenutzt. Der eifrigste Maximalarbeitstag für Arbeiterinnen wurde theilweise nicht gehalten, theilweise durch nicht weniger als 248 Verwilligungen von Ueberstunden an 162 Fabriken mit insgesammt 147 089 Stunden durchlöchert. Familienmüttern wurde die Entlassung eine halbe Stunde vor der Mittagspause direkt verweigert, der Arbeitschluß am Sonnabend Nachmittag 5 1/2 Uhr für Frauen führte sich am schwierigsten ein“. Zur Nachtzeit wurden Arbeiterinnen in zwei Fällen verbotenermaßen beschäftigt. Und dann die Arbeitsordnungen! Sie roimmelten nach dem Bericht von Bestimmungen, „welche mit ausdrücklichen Vorschriften des Gesetzes im direkten Widerspruch standen oder doch auf Umwegen eine verschleierte Verneinung der gegenseitigen Rechte und Pflichten einzuführen suchten“. Dieser Abschnitt ist für die Agitation besonders lehrreich und werthvoll; die Genossen aller Orten können mit seiner Hilfe in vielen Fällen feststellen, wo ihre Arbeitsordnungen noch Unternehmerrückgriffe enthalten. Und unsere Enquete, deren Bearbeitung freilich etwas länger dauert, weil wir es mit 4000 Arbeitsordnungen aus ganz Deutschland zu thun haben, der badische Beamte aber nur mit 900, wird noch ganz andere Dinge an den Tag fördern.

Den Arbeiterorganisationen läßt der badische Fabrikinspektor auch dies Mal alle Ehre widerfahren, die ihnen gebührt. Er heißt die Bildung einer Kommission für den Verkehr mit dem Fabrikinspektor, die auf die Anregung des „Vorwärts“ hin auch in Mannheim erfolgt ist, durchaus willkommen und erkennt ganz richtig,

daß sich die Arbeiter bei dem Verkehr mit der Gewerbeaufsicht nur so allein vor Maßregelungen schützen können. Desto merkwürdiger muthet es an, daß es Dr. Wörrishofer für nöthig befindet, zu betonen, „es müsse von den Führern der Arbeiter verlangt werden, daß auf ihrer Vergangenheit kein Matel ruht, da diese Organisationen mitunter in dienstliche Beziehungen zu der Fabrikinspektion treten“. Dr. Wörrishofer sollte doch wissen, daß die Arbeiterorganisationen, und zwar nicht etwa, „weil sie mit Behörden in dienstliche Beziehungen treten“, sondern weil sie das Bestreben haben, die Arbeiter intellektuell und moralisch zu heben“, wie er selbst einige Sätze vorher sagt, alle bemalten Persönlichkeitlichkeiten weit ängstlicher von sich fernhalten, als irgend welche Bourgeoisvereine.

Es war also nicht nöthig, den ungereimten Anklagen des rheinisch-westfälischen Abg. Müller in einer der letzten Reichstags-Sitzungen zuvorzukommen und sich wegen des Verkehrs mit Händlern rein zu waschen. Niemand hat größere Kraft, räudige Schafe prompt auszustossen, als die organisirte Arbeiterschaft, und sie braucht keine Mahnungen in dieser Beziehung. Sie hat umgekehrt allein bewirkt, daß wir eine Fabrikinspektion bekommen haben, ihr verdankt Dr. Wörrishofer seine besten Anregungen zur Weiterbildung der Arbeitergesetzgebung, und sie wird umgekehrt in ihm stets denjenigen der deutschen Fabrik-Aufsichtsbeamten schätzen und achten, der bisher das größte Verständnis für seine wichtigen Obliegenheiten entwickelt hat, auch im Jahre 1892 wieder, wie sein neuester Bericht im übrigen zeigt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 18. Februar.

Aus dem Reichstage. Kann das Alters- und Invalidengesetz wieder beseitigt werden, oder müssen wir es behalten? Darum drehte sich heute die Debatte. Von dem freisinnigen Abgeordneten Dr. Barth wurde, gestützt auf die zahlreichen Petitionen aus Bayern und anderswärts, welche Aufhebung des Gesetzes verlangen, oder doch eine solche Aenderung, daß von dem wesentlichen Inhalte nichts mehr übrig bleibt, dem Verlangen Ausdruck gegeben, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie der allgemeinen Unzufriedenheit mit dem Gesetze abgeholfen werden könne. Im umgekehrten Verhältniß zu der Stimmung der Unternehmungskreise im Lande wollte keiner der nachfolgenden Redner aus den bürgerlichen Parteien so weit wie Herr Barth gehen und das Gesetz wieder beseitigen. Zwar machte man es allen Rednern an, viel Vergnügen macht ihnen die „Krönung der Sozialreform“ gerade nicht, aber sie zogen diplomatische Wendungen der offenen und ehrlichen Sprache des Abgeordneten Barth vor. Ein Stück Humor ist es, daß der Redner unserer Partei, der doch durch das

auf sie entgegenwirkte. Kürzlich hatte er aber eine Veränderung bemerkt, welche ihn unruhig machte. Er fürchtete, daß der unglückselige Moment, der ihm Schrecken einflößte, näher kam, und jetzt, wie er vor dem geöffneten Buche saß, litt seine Seele unter dem dumpfen, nagenden Schmerz der Hilflosigkeit.

Kapitel VIII.

Eine neue Genossin.

Andrej entschloß sich anders und hielt es für besser, gerade nach Lena's Zimmer zu gehen, anstatt durch den Park nach seinen Freunden umher zu streifen. Sie würden wahrscheinlich zum Abendessen nach Hause kommen, wenn sie nicht schon zurückgekommen waren.

Dieser Sonntag schien für ihn ein Tag der Enttäuschung zu werden. Sie waren nicht da und hatten die Zeit ihrer Rückkehr nicht bestimmt. Doch beschloß er, sein Glück zu versuchen und zu warten.

Lena hatte ein recht großes Zimmer in dem oberen Stockwerk, welches zwar mangelhaft ausgestattet war, aber eine freundliche Lage hatte. Eine große Akazie hing über dem Fenster, ihre zarten Blätter schwebten in der unbewegten Luft.

Andrej öffnete das Fenster und ließ den frischen Duft vom Garten und dem unten gelegenen Felde einströmen. Das Landhaus stand am Ende des Dorfes. Es grenzte an eine weite Ebene, welche mit einigen Sträuchern bedeckt war und von einem schmalen Nebenwege, der zu einer Häusergruppe führte, gekreuzt wurde. Dies machte in Verbindung mit dem grünen Lichte eines kleinen Birkenwäldchens einen wahrhaft malerischen Eindruck. Die klaren Nächte der St. Petersburger Sonnenwende

Feuilleton.

Wachdruck verboten.)

[19

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepnial.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Ein wichtiges Ereigniß, welches vor drei Jahren stattgefunden hatte, trug viel dazu bei, seinen unbestimmten Sympathien Festigkeit zu verleihen. Repin war in einer der früheren politischen Unternehmungen, als den politischen Verbrechern noch Advokaten beigegeben wurden, aufgefordert worden, zur Verttheidigung zu erscheinen. So wurde er mit seiner Klientin Sina Somowa, einem herrlichen, gebildeten Mädchen, und mehreren ihrer Gefährten bekannt. Seine theoretischen Neigungen wurden durch die warme persönliche Sympathie, welche er mit diesen braven und muthigen jungen Leuten fühlte, bestärkt. Als acht Monate nach dem drakonischen Urtheilspruch, welchen er als höchst ungerecht betrachtete, Sina entfloh und ihm in seiner Wohnung zu St. Petersburg einen Besuch abstattete, empfing er sie mit offenen Armen und bot ihr Obdach und alles, was sie bedurfte, an. Sina verbrachte thatsächlich mehrere Tage in seinem Hause, bis sie sich mit Repin's Beistand mit ihren früheren Gefährten, welche als „Illegalen“ in der Hauptstadt lebten, in Verbindung gesetzt hatte.

Durch Sina wurden Repin's unter anderen mit Boris Malersta, den Sina bald darauf heirathete, bekannt. Das

Haus des Advokaten war der Sammelpunkt aller derer, die in der Gesellschaft am gebildetsten waren, und in Ermangelung einer freien Presse konnte es für die Verschwörer keinen besseren Ort geben, wo sie etwas über die Ansichten und Gefühle derer, welche die öffentliche Meinung Sankt Petersburgs vertraten, erfahren konnten.

Einige unter ihnen schlossen mit seiner Tochter, die sie augenscheinlich als zukünftiges Mitglied ihrer Partei betrachteten, ein Freundschaftsbündniß.

Der alte Rechtsgelehrte war weitsichtig genug, um zu befürchten, daß ihre Erwartungen wohl begründet seien, und daß der Tag herannahen würde, an dem sein geliebtes Kind in den bodenlosen Abgrund, welcher so viele Opfer verschlang, geschleudert werden würde. Er hätte sein Leben hingegen, um sie zu retten, aber er sah keinen Ausweg. Etwas ihr verbieten, die Verschwörer zu sehen und versuchen, jeden Verkehr mit ihnen zu verhindern? Es war ihm aber moralisch unmöglich, sie zu zwingen, diese Leute zu meiden, ebenso ihnen aus dem Grunde seinen Beistand zu versagen, weil ihn dies eines Tages in Angelegenheiten mit der Polizei bringen konnte. Was nützten übrigens Verbote und künstliche Ausschließung, wenn die Anführung in der Luft lag. Manche Eltern hatten diesen verzweifelten Weg eingeschlagen, aber mit welchem Erfolge? Ihre Kinder empörten sich gegen ihre Autorität und trennten sich von ihnen in Feindschaft und Verachtung. Nein, mochte es zum Schlimmsten kommen, seine Tochter sollte ihn nie als einen Feind betrachten. Er legte ihrer Freiheit keine Schranken auf, sondern verlieh sich auf den moralischen Einfluß, welchen er über sie erlangt hatte, um sie vor einem Schritte, den er für leichtsinnig hielt, und der nichts Gutes versprach, zurückzuhalten. Eine zeitlang schmeichelte er sich, daß er sie erfolgreich in Schranken halte und dem äußeren Einflüsse

Gesetz der Boden bei den Arbeitern entzogen werden soll und zu deren Vernichtung ja das ganze Werk erfunden wurde, — sich auf das entschiedenste gegen die Möglichkeit aussprach, das Gesetz wieder aufzuheben. Zwar denkt man in unserer Partei über den Werth des Gesetzes, und besonders über den übertriebenen bürokratischen Charakter und die viel zu geringen Rentenätze desselben noch genau so, wie bei der Beratung und Annahme, aber jetzt, wo die Arbeiter bereits ihre Beiträge geleistet haben, ihnen die dadurch gewonnenen Rechte zu eskamotieren, dagegen legte Verbot mit Recht entschiedenste Verwahrung ein. Weiter brachte derselbe die hier und da auftauchenden Pläne zur Sprache, die Gelder des Zuvorkommenfonds Privatunternehmern zum Bau von Arbeiterwohnungen gegen geringen Zins zur Verfügung zu stellen. Nach den heute in bezug auf diesen Punkt von den verschiedensten Rednern abgegebenen Erklärungen dürften es sich die Vorstände der Alters- und Invalidenanstalten doch überlegen, Gelder an Unternehmer zu dem angegebenen Zwecke zu geben. Gut ist es aber, daß die Sache angeregt wurde, und aufpassen heißt es immer noch. —

Mit allen Mitteln arbeiten die Offiziere, um der Militärvorlage auf die Beine zu helfen. Ihrem Morgenblatt vom 18. d. M. giebt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ eine prunkhafte angeblühete „Besondere Beilage“ bei, die einen schwachschweifigen Bericht über die in der Berliner Victoria-Brauerei am 15. d. Mts. abgehaltenen Professoren-Versammlung zu gunsten der Militärvorlage enthält. Glaubt die Pindlerin, daß sie mit solchen Mäxchen auch nur einen Hund hinterm Ofen hervorlockt? Was ein Brotvertheurer wie Robbe, ein preussischer Geschichtsdilettant wie Delbrück, ein verdorrteter „Wenn-“ und „Aber“-Ökonom wie Adolf Wagner sagen, wiegt für alle volksthümlich Gesinnten, wiegt für die ausgeworfenen, zu neuer Schür anderseits Masse leichter als eine Federfeder. Das Lustigste bei diesem verpönten Fastnachtspiel war, daß Adolf Wagner, überall und jederzeit ein widerspänniger Eingänger, den fatten Großbürgern, die in der Victoria-Brauerei seine Korona bildeten, unter deren „eigigen Schmeißen“ das „Gewissen“ zu schärfen unternahm, gegen den Eigennuß der Besizenden wetterte, den Herrenhäusern, die gegen die 4 pCt. der Einkommensteuer zu putzen versucht, die Leviten las und die Forderung aufstellte, daß bei jeder Militärvorlage die Quote festzusetzen sei, die auf die besizende Klasse zur Deckung der Ausgaben zu legen sei. Diese Ausführungen sind aber eitlem Hirlesanz, so lange Herr Wagner die Bourgeoisie nur kritisiert, um am Ende derselben Bourgeoisie die Macht zu erhalten und zu sichern, als eine Art sozialpolitischen Hofnarren der Kapitalistenklasse, der seinem Herrn ab und an die Wahrheit sagt, ihm aber gemächlich weiterdient. Alle die reaktionären Reden sind das Papier nicht werth, worauf sie gedruckt sind. Im Uebrigen gehen die Universitätslehrer, Dekanier, die Generalleutenants und die anderen Surrah-Patrioten Hand in Hand mit den „unpolitischen“ Kriegervereinen, wie z. B. der Kölner Kriegerverband, welcher den Reichstag mit einer Petition für die Mehrbelastung der Steuerzahler heimgesucht hat. —

Beschäftigungspülverden. Die von der Regierung abhängige „Militärische und politische Korrespondenz“ erklärt, daß man „an zuständiger Stelle“ an eine Neubewaffnung unseres Fußvolks „zur Zeit“ nicht denke. Vielmehr hätten alle bisherigen Versuche mit kleinkalibrigen Gewehren bis zu 5 Millimeter nur ergeben, daß die deutliche Heresleitung mit dem gewählten Kaliber von 7,9 Millimeter sehr zufrieden sein kann, und daß auch mit dem Zukunftskaliber nicht unter 7,5 bis 7 Millimeter herabgegangen werden dürfte. „Hauptsächlich sind die Haltbarkeit, Dauerhaftigkeit und Kriegsbrauchbarkeit der Waffe, sowie die noch nicht gelöste Pulverfrage für kleinere Kaliber hierfür bestimmend gewesen. Auch fragt es sich, wie sich bei kleinerem Kaliber die tödtende Kraft des Geschosses zu der entgegenstehenden lebendigen Kraft verhält?“ Abgesehen davon, daß die Waffentechniker schon schwierigere Aufgaben bewältigt haben, zeigt doch auch diese Schreibübung der Beruhigungs-Kriegshofräthe, daß neue Ausgaben so sicher kommen werden, wie die Schwaben im Zeug. Das „Zukunftskaliber“, ob es nun 5 oder 7,7 oder 7,5 Millimeter habe, schleudert die jetzige Feuerwaffe, die ungezählte Millionen gekostet hat, ins alte Eisen, sie heißt

waren bereits vorüber, doch hielt die klare Abenddämmerung noch lange vor.

Andrej hatte eine kleine Viertelstunde gewartet, als die Thüre unten zuschlug, und er Gregor's Lachen auf der Treppe und dann eine Stimme, welche sein Herz kräftiger pochen ließ, vernahm.

Tanija sah mit den dunkeln, vom Spaziergange leicht gerötheten Wangen und dem Glodenblumenkranz im Haare reichend aus. Sie trug eine leichte gelbe Bluse von ungebleichter Seide, welche ihre geschmeidige Gestalt sanft und lieblosend umgab. In der linken Hand schwenkte sie ihren breiten, bepöhten Strohhut, den sie vom Spaziergange erbtigt abgenommen hatte.

Andrej erhob sich, um ihr mit glücklichem Lächeln entgegenzugehen. Das Vergnügen bei ihrem Anblick war um so größer, da er bereits gefürchtet hatte, sie an diesem Tage nicht mehr zu sehen.

Sie haben einen schönen Spaziergang gemacht, wie ich sehe,“ sagte er, auf ihr erröthetes Gesicht blickend.

„Ja,“ entgegnete sie, sich in einen Lehnstuhl werfend, „wir haben ihn voll genossen, und Gregor hat uns durch seine Erzählungen amüßert. Schade, daß Sie nicht früher kamen.“

„Um der Erzählungen willen? Vielleicht habe ich sie aber schon gehört. Daß kommt bei alten Freunden, wie wir, die häufig zusammen Gesellschaften besuchen, schon vor.“ Er wandte sich an Gregor.

„Und wie geht es Dir, alter Junge?“ fragte er. „Ich habe Dich schon lange nicht gesehen. Du arbeitest wohl jetzt überreifig?“

„Ich plagte mich die ganze Zeit mit Manuskripten, wenn Du das meinst,“ antwortete Gregor.

„Und jetzt freiest Du vermuthlich die Vollenbung des Baues?“

„Ja, meine Arbeit für diesen Monat ist vollendet,“ erwiderte er, „und ich feiere meine Befreiung auf kurze Zeit, ein Vergnügen, welches nur diejenigen, die in meiner literarischen Tretmühle zu arbeiten haben, vollkommen würdigen können.“

von neuem furchtbare Opfer von der steuerzahlenden Volksmasse und reißt die im bürgerlichen Leben stehenden, gedienten Wehrmänner aus ihrer Thätigkeit heraus, sintemal „die tödtende Kraft des Geschosses“ und die Handhabung des Gewehrs durch zeitraubende Uebungen erst erprobt und gelernt sein wollen. —

Wie's gemacht wird. Seit Wochen hat die Wahlprüfungs-Kommission die Wahlen der Abgeordneten von Reden und Möller schon für ungültig erklärt und sind die gedruckten Berichte in den Händen der Abgeordneten. Früher haben Abgeordnete, deren Mandate in solcher Weise in Frage standen, es meist vorgezogen, dieselben freiwillig niederzulegen. Da die Herren von Reden und Möller nationalliberal sind, kann bei ihnen von einer solchen politischen Delikatesse natürlich keine Rede sein. Das Gegentheil trifft zu. Da sich die Entscheidungen durch das Haus nicht mehr gut länger hinauschieben lassen, sind die Herren auf ein neues Mittel der Verzögerung verfallen. Sie haben nämlich an den Reichstag von ihren Freunden aus Hörde eine Petition einfinden lassen, in der die Petenten bestritten, daß die beschworenen Aussagen der vernommenen Zeugen der Wahrheit entsprächen, und diese Petition steht wunderbarerweise nun auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Wahlprüfungs-Kommission. Man wüthet also dieser Kommission zu, die ganze Protestangelegenheit, welche sie schon drei Mal durchberathen hat, noch einmal zu erörtern. Jäher kann der schlimmste Geizhals an seinem zusammengeträuberten Besitz nicht hängen, wie Herr Möller an seinem Mandat, das allerdings auch nur mit den unsauberen Mitteln erzwungen wurde. Helfen wird es den Herren freilich nichts, ob eine Neuwahl früher oder später stattfindet, Herr Möller wird den Wahlkreis Dortmund nicht wieder vertreten, so viel steht fest. —

Aus Herrn Miquel's Wirkksamkeit. In dem neuesten Hefte des „Sozialpolitischen Centralblattes“ veröffentlicht Dr. Jastrow einen sehr beachtenswerthen Aufsatz über die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer im neuen preussischen „Kommunalabgaben-Gesetz“-Entwurf. Er behandelt darin u. a. auch die Wirkung der auf die Bevorrechtung der Besizenden zugeschnittenen „Lassenwahl“-Politik und bemerkt dazu: „Die gemeinsame sozialpolitische Folge dieser Verkettung kann nur die sein, daß staatliche und kommunale Sozialpolitik noch stärker als bisher den Bevölkerungsschichten ausgeliefert wird, welche an ihrer Vereitelung das größte Interesse haben, und daß der geringe Zusammenhang zwischen Vertretern und Vertretenen, der in Preußen allenthalben noch besteht, noch stärker als bisher ins Schwinden gebracht wird.“ Die Agrarier wissen, warum sie dem Herrn Finanzminister so gewogen sind, und Graf Mirbach betont nicht ohne Grund das Fehlen jeden Mißklang in dem Verhältnis der „Gebliten und Besten“ zu dem alten Mitglieder des Kommunistenbundes. —

Sie können das Lügen nicht lassen — die Sparagueler. Jetzt, da ihnen — zum Theil durch die Kritik aus dem eigenen Lager — die Nischenlampe zum Bewußtsein kommt, die sie mit der „vernichtenden“ Zukunftsstaatsdebatte sich bereitet, verfallen sie auf die unsäglich alberne Anrede, die Sozialisten hätten durch ihr Gerede vom Zukunftsstaat dem Reichstag die Debatte aufgezwungen! Das sind zwei Lügen auf einmal. Erstens haben die Sozialdemokraten die Debatte nicht veranlaßt (obgleich sie ihr natürlich nicht aus dem Weg gingen), sondern sie ist nach Verabredung und im Einverständnis mit Regierungsvertretern vom Baune gebrochen worden — zu bekanntem politischen Zweck. — Und die zweite Lüge ist, daß die Sozialdemokraten jemals als Partei ernsthaft von einem „Zukunftsstaat“ geredet hätten. Das ganze Zukunftsstaats-Gerede geht von den Sparaguelern aus, und die sozialdemokratische Partei hat allezeit — von dem Tag ihres Entstehens an bis zum Beginn der Wachen und Richter'schen Reichstags-Kapuzinade — den Zukunftsstaat in das Reich der Träume, und die Zukunftsstaats-Träger in das Reich der Narren verwiesen. —

Sabbathruhe in den Ministerien? Wir erhalten die kaum glaubliche, jedoch aus sehr guter Quelle stammende Mittheilung, daß ein Theil der Beamten des Finanzministeriums, und angeblich auch der anderen Ministerien, neuerdings Sonntagsdienst zu absolviren hat, und zwar

Tanija, welche die Glieder im Stuhle ausstreckte, wandte sich, beide Ellbogen auf die Stuhllehnen gestützt, dem Sprecher zu.

„Wie Sie nur murren,“ sagte sie, „ich denke, Sie haben am wenigsten Grund, sich über Ihr Schicksal zu beklagen.“

„Fürwahr,“ rief der junge Mann aus, „das ist mir nie in den Sinn gekommen. Bitte, sagen Sie mir, warum ich so glücklich sein soll. Ich verspreche im voraus, mein Möglichstes zu thun, um Ihnen beizustimmen. Es wird so tröstlich sein.“

In diesem Augenblick öffnete Lena die Thüre und brachte das Theegebüsch herein. Ihr auf dem Fuße folgte das Stubenmädchen mit dem Samovar.

Mit Hilfe der Gäste war der Tisch bald von den Blättern und Papieren, mit welchen er beladen war, gesäubert, die Decke ausgebreitet und alles bereit.

„Liebe Tanija,“ sagte Lena, „wilst Du den Thee einschicken? Ich werde in meiner Eigenschaft als Hausherrin die Gäste angenehm unterhalten müssen, eine Last, die an und für sich schon genügt.“

Sie nahm von dem Lehnstuhl, den Tanija verlassen hatte, Besitz, zündete eine Zigarette an und begann aus dem Fenster zu rauchen, wobei sie ihren Gästen gar keine Aufmerksamkeit schenkte, welche, dachte sie, sich am besten amüsirten, wenn sie sich selbst überlassen blieben.

„Nun, Tanijana Grigoriwna, Sie halten mich in Ungewißheit. Sie haben meine Frage noch nicht beantwortet,“ sagte Gregor, als der Lärm der Vorbereitungen für die Mahlzeit vorüber war.

„Welche Frage?“ fragte Lena.

„Warum ich der Glückliche der Sterblichen sei,“ erklärte Gregor.

„O, sind Sie das? Ich wüßte es nicht,“ sagte Lena.

„Sie verwechseln meine Worte, Gregor,“ sagte Tanija; „ich sagte nur, daß Sie sich über Ihr Schicksal nicht beklagen sollten.“

(Fortsetzung folgt).

muß die Hälfte der dazu Beorderten von 9-2 Uhr, und die andere Hälfte von 2-8 Uhr im Ministerium der Finanzen anwesend sein, um mit Arbeiten beschäftigt zu werden, die durchaus nicht dringlich sind, so daß sie an jedem anderen Wochentage erledigt werden können.

Es wäre interessant zu wissen, ob Erzellenz Miquel, auf den diese Maßregel zurückgeführt wird, die Genehmigung des Bundesraths dazu eingeholt hat. —

Herrn Eugen Richter und den anderen Sozialisten tödtern ins Stammbuch. Noch einmal erörtert die „Vossische Zeitung“ die Verschleppungspolitik der Reichstags-Mehrheit in Sachen der Militärvorlage und führt in trefflicher Weise über die Zukunftsstaats-Debatten folgendes aus:

„Daß die Sozialdemokratie durch eine solche Debatte nicht vernichtet werden kann und auch diesmal nicht vernichtet worden ist, dürfte gleichfalls keine neue Entdeckung sein. Denn dieselben Erörterungen sind schon seit Jahrzehnten in Wort und Schrift in der mannigfaltigsten Weise gepflogen worden. Wissenschaftliche Wahrheiten durch öffentliche Disputationen zu finden, hatte im Mittelalter, wo man auf die Autorität der Bibel und der Kirchenlehrer schwor, allenfalls einen Sinn. Heute, wo man die immanenten Gesetze der Dinge zu ergründen sucht, kann man durch eine mehr oder weniger entwickelte rhetorische Fertigkeit die Wissenschaft deshalb nicht bereichern oder zur Umkehr bewegen, weil man damit die Dinge selbst nicht ändern kann. Es wird also immer dabei bleiben, daß man bei den Verhältnissen den Hebel einsetzt, wenn man eine günstige Gestaltung der Dinge bewirken will.“

Wir zweifeln nicht, daß der Reichstag in seiner großen Mehrheit derselben Ansicht ist. Wenn diese Debatte trotzdem so lange hinausgezogen, wenn dann noch die nicht weniger unsuchbaren Erörterungen über den russisch-deutschen Handelsvertrag daran geknüpft wurden, und wenn die Regierung diesen Debatten geduldig zusah, so fragt man sich: Was hat das alles für einen Zweck? Und dieser Zweck liegt unserer Ansicht nach auf der Hand. Die eigentliche Frage, um die es sich heute handelt, ist die Frage nach der Zukunft der Militärvorlage. Das ist jetzt wichtiger als alle Debatten um den sozialdemokratischen Zukunftsstaat, und das Volk verlangt darauf eine Antwort. Seit länger als einem Vierteljahr ist die Militärvorlage in der Presse, im Parlament und in Versammlungen erörtert worden. Alle Parteien haben dazu wiederholt Stellung genommen und heute ist die Sache dunkler als je. Die Militärkommission tagt bereits über einen Monat und noch ist man nicht einmal in der ersten Lesung über den § 1 der Vorlage hinausgekommen. Wenn die Erörterung in demselben Rhythmus weiter geht, so ist eine Erledigung dieser Frage in absehbarer Zeit überhaupt nicht zu erwarten. In der Schwierigkeit des Gegenstandes liegt dieser Aufwand von Zeit sicher nicht begründet. Denn nichts ist einfacher, als zu einer bestimmten Stellung zu dieser Vorlage der verhandelnden Regierungen zu kommen. Wenn die Regierung den Standpunkt, den die Mehrheit des Reichstages einnimmt, als unannehmbar bezeichnet, so scheint die Lage keiner weiteren Klärung zu bedürfen. Wird trotzdem weiter diskutiert und berathen, wird durch die Erörterung ganz nebensächlicher Dinge im Plenum die Verschleppung der eigentlichen Frage begünstigt, so ist nur eine Möglichkeit vorhanden, daß im Hintergrunde gearbeitet wird, die Opposition unzustimmen. Die einzige Partei, die hierbei in Frage kommen kann, ist das Zentrum. Für das Volk selbst bedeutet eine solche Taktik der Verschleppung und des Kompromisses eine nicht wieder gut zu machende Hinführung. Und man wird sich nicht wundern dürfen, daß die Sehnsucht nach dem Zukunftsstaate, so sehr er in Dunkel gehüllt sein mag, im Volke um so größer wird, je weniger ihm die Zustände im heutigen Staate behagen.“ —

„Väter“ und „Söhne“. Weshalb sind die Junker Feinde der Sachjüngerei? Nicht etwa weil der Zug nach dem Westen die schollenpflichtigen Landarbeiter aus ihrer Hörigkeit erlöst und die schrankenlose Ausbeutung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte einigermaßen eindämmt, nicht weil die regelmäßige Wanderung ihnen die wohlfeilen „Hände“ entzieht. Die „Kreuz-Zeitung“ giebt bündigen Aufschluß. „Nach dem Abgeordneten Dr. Barth,“ erklärt das Blatt der Großgrundbesitzer, „ist es ein „Menschenrecht“, daß die armen, vielfach ganz unerfahrenen und unwissenden Leute sich in der Fremde ruiniren! Wer sie davon abhalten möchte, ist ihr „Feind“. Ja, wie der Vater der „Feind“ des Sohnes ist, den er nicht den Versuchungen der Weltstadt preisgeben möchte.“ Höhere Löhne, menschenwürdiger Zustände, feinere Genüsse, Erfüllung mit neuen politischen und sozialen Gedanken, welche „Versuchungen“! Wohlthätigkeit beginnt zu Hause, und deshalb mögen die adeligen Herren ihre Sproßlinge vor den Klubvergüngen, dem Hazardspiel, den losen Dirnen, den Seltgelagen, dem tollen Treiben des Rennplatzes bewahren, alwo die „goldene Jugend“ Hunderttausende verpufft. Aber diese „Versuchungen“ sind ja die Grundlage für die „Nothlage der Landwirtschaft“, bei der, wie Fr. Engel es einmal gesagt hat, die einzige praktische Frage in Betracht kommt: „Wie kann der altpreussische Landjunker jahraus jahrein sage 20 000 Mark einnehmen und sage 30 000 Mark ausgeben und doch keine Schulden machen?“ Arme Junker, die, wie jüngst einer ihrer Abgeordneten wehmüthig ausrief, 51 Wochen „hungern“ und in der 52. Woche — Champagner trinken! Sie sind wirklich Väter der Landproletarier. —

Agrarische Eier. Die Agrarier klagen über die niedrigen Kornpreise, welche nicht einmal die Produktionskosten decken, dabei hat die letzte Ernte einen Mehrertrag von Weizen um 41, von Roggen um 54 pCt. ergeben. Wie die „National-Zeitung“ dem Jahresberichte des vereidigten Getreidemallers Emil Meyer entnimmt, betrug in den beiden letzten Erntejahren der

	Ernte-Ertrag in Preußen in Doppelcentnern		
	1892	1891	1892 gegen 1891 mehr
Weizen	14 918 928	10 574 168	4 342 760
Roggen	46 901 260	30 508 068	16 453 212

Selbst wenn der Ertrag von 200 M. auf 150 M. gesunken wäre, ergäbe sich noch eine erhebliche Mehreinnahme der „nothleidenden“ Agrarier, zumal die Unkosten geringer werden, wenn sie sich auf eine größere Produktionsmenge vertheilen. Die Herren Agrarier betrachten es als einen Raub an ihnen, wenn ihrer endlosen Habsucht und Schlemmerei nicht der letzte Blutstropfen des armen Mannes geopfert wird. Von allen Blutsaugern und Wucherern sind die agrarischen Brotvertheurer die schlimmsten. —

Die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums. Unsere Bemerkung in der Politischen Uebersicht in Nr. 38 d. Bl. giebt der „Kölnischen Volkszeitung“ Anlaß zu einem langen Artikel. Den Beweis für die Nichtigkeit unserer Be-

merkungen findet die „Kölnische Volkszeitung“, der wir ultramontane zugestehen wollen, daß sie innerhalb der ultramontanen Presse noch immer die unabhängigste Stellung einnimmt, in den Reichstagsberichten der letzten Zeit, in denen sie unsere Behauptungen über die Stellung des Zentrums bestätigt finden wird. Die Reden im „Arbeiterwohl“, auf welche die „Kölnische Volkszeitung“ hinweist, um die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums zu beweisen, haben nur einen höchst platonischen Werth. Im Reichstage gegenüber den Reden des Herrn Stamm, Müller und anderer kapitalistischer „Arbeiterfreunde“ bei ihren Angriffen gegen den Bergmannsausstand, gegen die sogenannte Arbeiterschutz-Gesetzgebung, gegen die Arbeiterauschüsse, gegen das Fabrikinspektorat und gegen die Sonntagsruhe war der Platz, auf dem das Zentrum seine Arbeiterfreundlichkeit beweisen konnte. —

Vom antisemitischen Bühnenhof. Dem Stöder'schen „Voll“ wird aus Sachen über eine Agitationsreise des antisemitischen Wanderpredigers Sähnichen aus Lodowig (Wödel'scher Richtung), der seit Anfang dieses Jahres auf den Ortshäusern Vorträge hält, folgendes berichtet. Herr Sähnichen soll u. a. gesagt haben:

Die Kinder der oberen Klassen kommen schon . . . krank zur Welt. Kuhmilch können sie nicht vertragen, sie müssen sterilisierte Milch haben. Mit 20 Jahren haben sie eine Blatte und ein abgelebtes greisenhaftes Gesicht. Im Sommer, während der Mann auf der Alm herumtrübt, liegt die Frau in der Dürre. Der Konservatismus ist eine alte Kutsche mit einem alten Pferde (Wödel'scher) vorn und einem alten Pferde (Mirdach) hinten. Der Konservatismus gleicht auch einem alten lahmen Dachstuhl, der sich am heißen Ofen erst vorn und dann hinten reißt, schließlich gähnt, dann hintaumelt, wie in einem Opiumrausch hinfällt und nun da liegt unterm Ofen. Mit den Konservativen schließen wir unter keiner Bedingung ein Bündniß. Wir sind einmal so schwach gewesen und haben dies schwer büßen müssen (Kall Hollenauer). Wir bleiben für uns, für uns sind alle Parteien gleich Null. Was sind denn die konservativen Abgeordneten u. s. v. Frage, Dr. Wehner u. s. v. ? Dr. Wehner hat eine preiswürdige Rede im Reichstage über die Vorsteuer gehalten. Unfug ist es — durch dieselbe kommt viel zu wenig herein. Adernmann's Innungen sind auch nur Lodspeise. Das 1876er Münchener der Konservativen ist von Pläusen und Wunden zerfressen, und jetzt haben sie sich ein neues machen lassen, das 1892er Programm, damit sie — ihre Orden und Ehrenzeichen daran hängen können, die sie durch . . . verdient haben.“

Diesem Sähnichen, der so munter und zwanglos kräht, kündigt der „Reichsbote“, das amtliche Stöderblatt, die Freundschaft und sagt: „Das sind ja recht nette Aeußerungen! Diese Herren brauchen sich gegen ein Bündniß mit den Konservativen nicht zu wehren, denn ein solches wird ihnen kein Konservativer anbieten. Uebrigens will ein großer Theil der Antisemiten von diesen Radikalen, die man kaum anders als antisemitische Sozialdemokraten bezeichnen kann, nichts wissen. Leider üben sie aber unter Führung von Wödel, Zimmermann, Freisch einen großen Einfluß aus, und neuerdings regt sich auch wieder der mit Gott und der Welt zerfallene Dühring und läßt seinen alten Christushaß neu ausschäumen. . . . Dühring ist für diese radikalen Antisemiten, was Marx für die Sozialdemokraten ist. Auch Hertwig soll, wie neulich berichtet wurde, Dühring'scher Antisemit sein.“ Und zu alledem bemerkt boshaft die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „Vielleicht reklamiert der „Reichsbote“ Herrn Ahlwardt und dessen Anhang demnach als „gemäßigte“ Antisemiten.“ Wagt der brave „Reichsbote“ noch so ängstlich gadern, die Sähnichen sind stübe und treiben ihm das „Kreuz-Zeitungs“- und „Konservative Wochenblatt“-Geschäft von dem Wist, auf dem sie bisher unumschränkt geherrscht hatten. —

Wenn zwei Sch—lauberger sich streiten. Bekanntlich ist der Doppelwährungs-Apostel, Gründer und Kornzöllner von Kardorff-Wahnig in der „Post“ gegen das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat zu Felde gezogen. Darauf erwidert die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ als dienstfertige Agentin der Kohlenritter und führt u. a. aus: „Wir . . . weisen auf die Inkonsistenz hin, die Herr von Kardorff zu begeben scheint, wenn er von der Kohlen-Industrie und zwar speziell von der privaten Kohlenindustrie Westfalens, weil jede Vertheuerung der Kohlen von der Masse des Volkes deutlich gefühlt werde und leicht großen Fabrikationszweigen die Arbeit vermindere“, in patriotischem Interesse verlangt, daß sie ihre guten Kohlen 30 pCt. billiger verkaufe als die königlichen Bergwerke zu Saarbrücken ihre geringwerthigeren imbeamteten verworthen dürfen. Gewiß! die Kohlen sind ja nöthig sowohl für die Menschen wie für die Maschinen, aber nöthiger als das liebe Brot sind sie doch auch nicht. Was würde Herr v. Kardorff wohl sagen, wenn man den Spieß herumdrehe und von der Landwirthschaft verlangen wollte, daß sie auf die Getreidezölle verzichten und billige Getreidepreise stellen möge, weil jede Brotvertheuerung doch ebenfalls von der großen Masse des Volkes deutlich gefühlt werde und großen Fabrikationszweigen die Arbeitsgelegenheit vermindere.“ Wenn zwei Sch—lauberger sich streiten, verplaudern sie sich und sagen sich gegenseitig die Wahrheit. —

Postalisches. Aus dem Rheingebiet wird uns geschrieben: Die rühmlichst bekannte Oberpost-Direktion in Düsseldorf ist rastlos thätig auf dem Felde der Sozialreform. Jetzt sollen die Postgebühren bei ihrer Annahme 100, sage und schreibe hundert Mark in die Kleiderkassette des Spar- und Vorschußvereins zahlen zur Bildung eines „Kleider-Guthabens“; dann sollen von dem so sehr reichlich bemessenen Gehalte monatlich 6 M. zum gleichen Zwecke in die genannte Kasse gezahlt werden. Andernfalls nimmt man die Leute nicht an. Auf einem Postamt soll man einem schon angenommenen Gehilfen gesagt haben: „Treten Sie nicht bei, so wird sich das Postamt an Ihre Eltern wenden, dann werden Sie schon beitreten.“ Das ist natürlich keine Bevormundung. —

Der deutsche Namen wird von den großen deutschen Handlungsbauern so oft in den Mund genommen; sie wollen die Träger der deutschen Kultur in den entlegensten Ländern sein. Wenn Wollenlieferungen nach Dahomey und Sklavenhandel Zeichen dieser Kultur wären, dann könnte der Deutsche vor Scham sein Haupt verhallen. Wie das „Journal des Debats“, meldet hat der General Dodds in Weidach (Wohybach) eine Untersuchung wegen der Waffenlieferungen an Behanzin durch ausländische Handelshäuser ins Werk gesetzt. Die Durchsicht der Bücher dreier Hamburger und eines Baseler Hauses habe

den Beweis ergeben, daß diese Firmen in der Zeit vom Februar 1891 bis zum April 1892 an Behanzin 2330 geogene Flinten, darunter Repetirgewehre, sechs Krupp'sche Gebirgskanonen, vier Mitraillesen, 600 000 Patronen, 1000 Granaten u. s. w. geliefert hätten. Diese Lieferungen seien zumeist im Austausch von Sklaven erfolgt, die auf Boermann-Dampfern nach Kamerun verfrachtet worden seien. General Dodds habe die Ausweisung von vier Agenten der deutschen Häuser, die an Behanzin Waffen geliefert hätten, verfügt.

Wenn diese Nachricht sich bestätigt, dann ließe die deutsche Kolonialpolitik, die mit der Bekämpfung des Sklavenhandels vertheidigt wurde, geradezu auf die Förderung des Sklavenhandels hinaus. —

Im österreichischen Abgeordnetenhaus führten die Czechen, Antisemiten und Genossen wieder einmal ein Herentzügen auf. Der jungezeitliche Abgeordnete Graf Rannitz sprach bei einer Kritik eines oberösterreichischen Erlasses von „unverschämter Beamtenbagage“, der Justizminister Graf Schönborn erwiderte auf diese gräfliche Schmeichelei sehr lau und gab sich damit zufrieden, daß der Graf Rannitz erklärte, er habe dem Beamtenstande nicht zu nahe treten wollen. Wenn ein Arbeiterblatt oder der Redner einer Arbeiterversammlung sachlich und mit Ruhe die schmähliche gegen die Arbeiter geübte Unterdrückungspolitik der österreichischen Verwaltungsbehörden und Gerichte beurtheilt, so folgen das objektive Verfahren, die Beschlagnahme, die Verhaftung, der Schub, die Kerkerstrafe solchen Treveln auf dem Fuße. Ja, Bauer, das ist ganz was anderes. Wenn die Händler der slavischen und deutschen Bourgeois, die um den Löwenanteil am Regiment Ingrimig hadern, in Frage stehen, dann ist die „unverschämte Beamtenbagage“ nur die kräftigere Form eines Rosenamens. —

Schweizer Monopole. Die nationalräthliche Kommission betreffend die Einführung des staatlichen Zündhölzchen-Monopols hat beschloffen, der Schweizer Bundesrath solle Bericht erstatten, welche Maßregeln in Deutschland und in Oesterreich getroffen wurden, um das Ausstreiten der Phosphorkrautheit in den mit gelbem Phosphor arbeitenden Zündholzfabriken zu verhüten, und welchen Erfolg die betreffenden Maßnahmen hätten. Durch das Reichsgesetz vom 18. Mai 1884 betr. die Anfertigung und Verzollung von Zündhölzern (Reichsgesetzblatt Nr. 14 vom 17. Mai 1884) ist die hausindustrielle Erzeugung von Phosphor-Zündhölzchen, deren Hauptstich der thüringische Ort Neustadt war, unterdrückt worden. Das freilich trotz des Verbots die Gistarbeit nicht aufgehört hat, hat für mehrere Jahre nach dem Inkrafttreten des betr. Gesetzes Professor Emanuel Hans Sax in seinem ausgezeichneten Werke über die thüringische Hausindustrie nachgewiesen. Während die Gesetzgebung verständiger Weise der gesundheitsgefährlichen Arbeitsweise Einhalt that, hatte sie sich um die außer Brot gerathenen Hausindustriellen, die sich nicht zu helfen wußten, gar nicht gekümmert. Und der schwarze Hunger hatte diese armen Teufel zu Gesetzesfrevern gemacht. — Der Rechnungsabschluss der eidgenössischen Alkohol-Verwaltung für 1892 ergibt einen Reinertrag von 5 779 000 Fr. Der Antheil der Kantone beträgt je 1,75 Fr. per Kopf der Bevölkerung. Das schweizerische Alkohol-Monopol, über welches die Schweizer Korrespondenz in Nr. 36 des „Vorwärts“ eingehend berichtet, ist keine fiskalische, sondern eine gemeinnützige, demokratische Einrichtung, welche sich von Jahr zu Jahr — es begann am 28. Juli 1887 und steht gänzlich im Vollzuge seit Ende Dezember 1888 — besser bewährt. Seine Erträge werden zu Nutz und Frommen der Steuerzahler verwendet, seine Einwirkung auf die Verabreichung des Verbrauchs gebrannter Wasser ist, wie seinerzeit Direktor C. W. Millet im „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“ (III. Bd., S. 180 ff.) nachgewiesen hat, wohl nicht zu bestreiten. —

Schweizerisches Aylrecht. Rötter ist gegen Kantion von 2000 Franks auf freien Fuß gesetzt worden, weil die Verbringung der Beweistücke für das angeblich unpolitische Verbrechen des Meineids sich hinauszieht. Die eidgenössischen Behörden scheinen also den Versicherungen der deutschen Behörden nicht recht zu trauen, und haben jedenfalls keine Lust, einen Unschuldigen auszulassen. —

Crispi kunkert fort, und wie sein deutscher Kumpan kultiviert er zu diesem Zweck mit Vorliebe das Interview, das freilich das bequemste Mittel gefahrloser Brunnenvergiftung ist, d. h. gefahrlos für den Ausüßer des schönen Handwerks, der, wenn man ihm zu Leib gehen will, sich stets in den Mantel der Unschuld hüllen und seinen Interviewer des Mißverständnisses oder der Fälschung anklagen kann. Jetzt hat der „italienische Bismard“ seinen Nachfolger wieder einmal einen faulstüchtigen Interview-Knüppel zwischen die Beine geworfen. Sie verstehen von der Politik nichts, sie richten Italien mit dem Dreieck zu grunde, und sie sind schuld an dem italienischen Panama. Damit hat Crispi nun allerdings recht, aber daß er es ist, der die italienischen Finanzen am ärgsten ruiniert, Italien in den Dreieck gezerzt, und mit Cornelius Perz das italienische Panama inszenirt hat — das sagt der alte Säuber wohlwollend nicht. Das Vorgehen Crispi's ist nicht ohne politische Bedeutung, weil er noch ziemlich Einfluß hat auf den Gang der Politik. Kouragierter als sein deutscher Kollege hat er seinen Platz im italienischen Parlament eingenommen und er besitzt dort Anhang genug, um den verhassten Nachfolgern die Hölle heiß zu machen und sie gelegentlich zu stürzen. Da Violitti, wenn das Messer ihm an der Kehle sitzt, jedenfalls ausplaudern wird, so dürfen wir das rebauische Schauspiel noch erleben, wenigstens den italienischen Bismard auf der Anklagebank zu sehen — sammt einigen Kollegen.

Apropos der deutsche Crispi ist seit einiger Zeit merkwürdig still. An welcher Mine er wohl gräbt? Oder hat er einen Wink mit dem — Staatsanwalt bekommen? —

Die Donnerstagsdebatte in der französischen Kammer war weit ruhiger und weniger dramatisch als nach den Telegrammen vermuthet werden mußte. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten waren ganz schablonenmäßig; und Herr Godofroy Cavaignat, das Haupt oder Firmenschild der letzten Koalition gegen die Republik, spielte eine so klägliche Rolle, daß er als erdgöttig abgethan zu betrachten ist. Er ist der Lächerlichkeit verfallen; und in

der Person seines Sohnes hat den insamen „Junischlächter“ die Nemesis grausam getroffen.

Die Rede Lafargue's war in sofern hochwichtig, als sie die erste eingehende Prinzipienklärung ist, welche in der französischen Kammer gemacht worden ist. Und zum ersten mal hörte das Haus der Verklärung sozialistischer Grundsätze zu, ohne jugendhaften Spektakel zu verüben. Das Neue Tefel, welches der Panama-Scandal an die Wand der Bourgeoisrepublik geschrieben hat, leuchtet doch in gar zu deutlicher und dräuender Flamme. —

Schlimme Nachricht für die Panamisten. Durch ärztliches Gutachten ist festgestellt, daß Cornelius Perz seine Krankheit bloß simulirt. Er wird sich also zur Reise nach Paris entschließen müssen. Was werden seine Klienten nun thun, die Clemenceau und Konforten? —

Das amtliche Protokoll des Brüsseler Kongresses wird, wie uns mitgeteilt wird, demnächst erscheinen. Etwas spät. Aber besser spät, als gar nicht. —

Im schwedischen Reichstag ist vom Abgeordneten J. Manell und 26 Genossen der Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts eingebracht worden. Manell, ein Hauptagitator für das allgemeine Wahlrecht in Schweden, ist von den Sozialisten in den „Volls-Reichstag“ gewählt, der am 13. März zusammentritt. —

Der drohende Kohlenstreik in Wales (Westengland) ist durch einen gütlichen Vergleich abgewandt worden. Die Zahl der Arbeiter, um welche es sich handelt, beträgt über 100 000. — Der Baumollenstreik in Lancashire ist noch nicht beigelegt. —

Die Homerule-Bill hat die erste Lesung glücklich passiert. Die Opposition verzichtete auf eine Abstimmung und die Regierung hatte natürlich keinen Grund, eine Kraftprobe zu beschleimen, die ihr sicherlich nicht erspart wird. Die Unionisten, d. h. die Gegner der staatlichen Selbständigkeit Irlands scheinen vorläufig den Schwerpunkt ihrer Thätigkeit außerhalb des Parlaments, in die Agitation verlegen zu wollen. Die Bill, welche bisher noch nicht gedruckt vorlag, ist jetzt zur Vertheilung gelangt, und die zweite Lesung wird wohl erst nach Ostern beginnen. —

Soziale Uebersicht.

Au alle Berliner Friseur- und Perrückenmacher-Gehilfen ergeht hiermit die dringende Aufforderung, sich an den Wahlen zum Gewerbegericht, welche am Montag stattfinden, regen zu betheiligen. Näheres Auskunft wird auf dem Arbeitsnachweis, Rosenbalerstr. 88, erteilt.

Die Agitationskommission.
J. A.: Paul Siere, Gräsestraße Nr. 40.

Berliner Genossenschafts-Bäckerei. Man schreibt uns: „Auf Ihre in der 2. Beilage der Nr. 41 vom 17. Februar in bezug auf die Genossenschafts-Bäckerei gebrachte Notiz, aus welcher im „Gegenatz zur Lädeler Genossenschafts-Bäckerei“ auf die erstere schlechte Schlüsse gezogen werden können, haben wir Ihnen in unserer Eigenschaft als Ausschuss der zur Untersuchung der Angelegenheiten in der Genossenschafts-Bäckerei eingesetzten Kommission zu bemerken, daß uns bislang ein ungünstiger Status nicht bekannt ist. Unser Bestreben geht dahin, in allen Dingen Mäßigung zu schaffen, Gerechtigkeit zu üben und der Arbeiterchaft ein bei guter Leitung vortheilhaftes Unternehmen zu erhalten. Baer, Schauffelstraße, Theodor Dohse u. Mariendorferstraße 7, A. Michalis, Alexandrinenstraße.“

Auf den finanziellen Stand der Genossenschafts-Bäckerei bezog sich die in Frage kommende Notiz natürlich nicht, was die Zusage selbst anerkennt, hierbei aber noch ausdrücklich festgestellt sein mag.

Die Weber der mechanischen Seidenweberei von Elst in Barmen streiken wegen Lohnunterschieden.

Die Arbeiterchaft Neu-Tsenburgs bei Frankfurt a. M. befindet sich in Streik gegen die Waldbahn. Sie forderte von der Direktion dieser Bahn, die sie bisher täglich nach Frankfurt und zurück besiederte, Herabsetzung des Fahrpreises der Wochenkarte von 1,25 M. auf 1,10 M., des Retourbillets von 40 auf 35 Pf., der Einzelfahrt von 25 auf 20 Pf., und bessere Heizung der Wagen. Die Direktion lehnte das ab und hat nun Schaden, daß die Arbeiter fast sämtlich entweder die Rhein-Neckar-Bahn benutzen oder den 1/4stündigen Weg zu Fuß zurückkehren, wodurch der Waldbahn ein Einnahme-Ausfall von schätzungsweise 500 M. wöchentlich entstanden ist.

Der Nothstand, unter dem die arbeitende Bevölkerung Leipzigs leidet, wird ziffermäßig bewiesen durch das Ergebnis der vom Gewerkschaftsrath ausgenommenen Arbeitslosen-Statistik. Danach wurden im Stadtgebiete 7864 Arbeitslose, in den Vororten 2548, Mäcker, Schönfeld, Reudersdorf, Stötteritz, Probstheide, Liebertowitz und Großschöcher 1890 Arbeitslose, insgesamt 8692 beschäftigtigungslose Personen ermittelt. Vielleicht giebt diese Zahl sogar Herrn v. Bötticher zu denken!

Eine Arbeitslosenversammlung wurde auch in Helmstedt abgehalten. Die Gemeindebehörde hat darauf hin den Beschäftigungslosen Arbeit angewiesen.

Der Aufstand der englischen Vergleute, an dem sich voraussichtlich gegen 100 000 Mann betheiligt haben würden, ist durch gütliche Vereinbarung vermieden. Die Unternehmer und Arbeiter einigten sich dahin, daß die Löhne nach der beweglichen Skala (sliding scale) um 8/4 pCt. erhöht oder herabgesetzt werden können, je nachdem der Geschäftsgang gut oder schlecht ist.

Briefkasten der Redaktion.

H. D., Bremen. Nach dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich hatten die nachverzeichneten Städte am 1. Dezember 1890 Einwohner: Berlin 1 578 794, Hamburg mit Vororten 569 260, ohne Vororte 228 928, München 349 024, Leipzig 295 025. Mit Hinzurechnung der am 1. Januar 1891 Leipzig einverleibten Vororte Connewitz, Köhnig, Lindenau, Plagwitz, Schlenzig und Kleinzschocher hätte Leipzig am 1. Dezember 1890 gehabt: 354 809 Einwohner. Danach wird es wohl die drittgrößte Stadt Deutschlands sein.

Fey, Cuxen. Der „Süddeutsche Postillon“ erscheint noch im Verlage von R. Ernst, München, Senefelderstr. 4; die erste Antwort war unzutreffend.

Zwei Wetende. Ihre beiden Anfragen wollen wir gern beantworten, wenn die Wetsumme zu Gunsten der Partei oder zu Gunsten von Arbeiterinteressen (Bergarbeiter-Unterstützungsfonds u. dergl.) verwendet wird. Wieweitlich schließen und zum Austrag derselben einen Arbeiterblatt-Briefkasten zu benutzen, sollte unterbleiben.

Otto 28 Die Zuchthausstrafe hat den Ausschluß aus dem Militär zur Folge.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonntag, 19. Februar.
Opernhaus. Bastien und Bastienne. Bajazzo. Die Puppenfee.
 Montag: Lohengrin.
Schauspielhaus. Wallensteins Lager. Die Piccolomini.
 Montag: Wallensteins Tod.
Deutsches Theater. Der Lakonist.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Berliner Theater. Der Komödiant.
 Montag: Ariel Kostra.
Festung-Theater. Heimath.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Freie Volksbühne. (Festungstheater.) Erste Abtheilung: Das vierte Gebot.
Wallner-Theater. Der Fall Clemenceau.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Broll's Theater. Der schwarze Domino.
 Montag: Der Freischütz.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Kendall's Theater. Gläubiger. Familie Pont-Biquet.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Der Gardehufar.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Thomas-Theater. Einen Zug will er sich machen.
Neues Theater. Tosca.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
National-Theater. Die Braut von Messina.
 Montag: Nathan der Weise.
Alexanderplatz-Theater. Preciosa.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
 Zum 57. Male:
Modernes Babylon.
 Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Coupletts theilweise von G. Görs. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Sonntag, den 19. Februar 1893:
Zwei große Fest-Vorstellungen.
 Auftreten sämtl. Künstlerpezialitäten 1. Ranges, sowie Vorführen und Reiten der bestdressirten Freiheits- und Schulpferde. Nachm. 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei). Zum Schluss: „Die Touristen“, große Ausstattungs-Pantomime. — Abends 7 1/2 Uhr:
Ein Künstlerfest.
 Große Ausstattungs-Pantomime vom Hofballetmeister **Siems.** Auf das Glänzendste in Szene gesetzt v. Direktor **Fr. Renz.** Ueberraschende Licht- u. Wasser-Effecte. Ballet v. 100 Damen. Grosser Blumen-Corso.
 Außerdem u. a.: **Mr. James Phillis** mit dem Schulpferde **Germinaal.** Morgen, Montag, Abends 7 1/2 Uhr: Ein Künstlerfest.
 Billet-Vorverkauf an der Birkulasse u. beim „Invalidentant“, Mariengrabenstraße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast

Burgstr. 22, neben der Börse.
 Jeden Tag:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
 Anf. Sonnt. 6 Uhr, Wochent. 7 1/2 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Kaufmann's Variété
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
 Großartigster Erfolg des neuen Programms.
Mr. Hendrik, Hugonon, Massias, Clark, Valois, Vanoni, Hurloy's, Laurence, Türk u. a. w.
 Das Theater ist gut geheilt.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Etablissement Buggenhagen.
 Täglich: Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von Vahenhofer Lagerbier, hell und dunkel. In Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
 Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Gratweil's Bierhallen
 Kommandantenstraße 77-79.
 Täglich:
Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger sowie Auftreten des musikal. Glorion **Mr. Barna** und Damen-Quintett **Willy Wilson.**
 Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Zwei Säle zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Regalbahnen.
F. Sottke.

Welt-Restaurant
 8. Dresdenerstr. 97.
Norddeutsche Säng. 7 Pers.
 2. Saal: Hr. Schauss, Fris Flori, Melanie, Sternau.
 Anf. in der Woche 7 Uhr, Sonnt. 5 Uhr.

Aktien-Brauerei Friedrichshain am Königsthor. Heute Sonntag: **Grosses Instrumental-Konzert** **W. Böhme** unter Mitwirkung der neuen großen **Konzert-Orgel.** 3696L.
 Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Kinder frei. Programm unentgeltlich.

W. Noack's Konzert- u. Gesellschafts-Säle **Brannenstraße 18-19.** Jeden Sonntag: **Grosses Streich-Konzert** unter Leitung des Herrn Musikdirektors **Maraschall.** Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf. Nach dem Konzert: **Familien-Tanz-Kränzchen.** Empfehle meine hochgelegenen Säle für Vereine und Privatgesellschaften zu kulantesten Bedingungen.
W. Noack.

American-Theater.
 Novität! Novität!
Der Dussel (Nulpus)
 Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
 (Klemm-Edel. Martin Bondix.)
Alfred Bender in seinem neuesten Originalvortrag **Der Volksmund in Berlin.** Blank, der beste Bauchredner. Unablässiger Erfolg.
Die Trockenwohner.

Passage-Panopticum.
Neu!
 Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum.
 Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder:
Lili.
 klein, lebend. Glejant d. Welt, 90 Zentimeter hoch, 110 Zentimeter lang, 78 Kilo schwer.
Tai-za-Wunder-Illusionen-Theater.
Grosses Künstler-Konzert. Sämtlich ohne Extra-Entree.
Säle 3. Versamml. u. Gesellschaft. unentgeltlich (8096) Oranienstr. 180.

Actien-Brauerei-Gesellschaft
 Berlin NW. Stromstrasse 11/16 „MOABIT“ Fernsprech-Amt Moabit 127.
 Mit dem Versand in Flaschen und Gebinden frei Haus bezw. frei Bahnhof Berlin unseres rühmlichst bekannten diesjährigen **Moabiter Kloster-Bockbieres** haben wir begonnen und liefern:
 20 gr. Flaschen für Mk. 3,—
 1/10 Tonne „ „ 3,60 **Bockbier.**
 Unsere sonstigen aus den feinsten Materialien rein eingebrauten Biere empfehlen wir zu den folgenden Preisen:
 30 gr. Flaschen helles u. dunkles Lagerbier } für je 3 Mk.
 24 „ „ } Berliner Löwenbräu
 30 kl. „ „ } nach Münchener Art

Durch die glückliche Geburt eines gesunden Jungen wurden hoch erfreut.
 14166 **Franz Hofe** nebst Frau.
 Seinem langjährigen Vorstehenden und Sangesbruder **Carl Hirsch** übersendet hiermit zu seinem heutigen Wiedergewinn die herzlichsten Glückwünsche und ein dreifach donnerndes Hoch! 14176
Männer-Gesangv. Lorbeerkrantz (gegründet 1879).
 Ein dreifaches Hoch dem Heirathskandidaten **Herrn. Sauer** zum heutigen Doppelfeste. Biere werden wohl heute nicht reichen. 14326

Freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsge nossen.
 Am Donnerstag, den 18. d. M. verstarb unser Kollege, der Handschuhmacher **Eudemann** an der Wassersucht. Die Beerdigung findet heute, Sonntag, Vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofs in Weissensee aus statt. Zahlreiche Beteiligungen erbittet **Der Vorstand.**
 Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, der Tischler **August Heinrich** am 17. d. M. sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am 20. d. M., Nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshain nach Wilhelmsherg statt. **Wittve Heinrich** und Kinder. 14246

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Zimmerer. (Eingefchr. Hilfskasse Nr. 2, Hamburg.) Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied, der Zimmerer **L. Wusterhausen** verstorben ist. Die Beerdigung findet heute, Nachm. 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Pringel-Allee 14, aus nach dem Pauls-Kirchhof in der Seefstraße statt. Um rege Beteiligungen bittet **Der Vorstand.** 368/5

Kranzbinderel und Blumen-Handlung 85296
 von **J. Meyer**, Wienerstr. 1 (nur dort) Gutzlinden & Nr. von 15 Pf. an. Telephon Amt 9, 9492.

Concordia-Festsäle
C. Säger Andreasstr. 64 und Krautstr. 38. Größtes und schönstes Pracht-Etablissement der Residenz. Heute, sowie jeden Sonntag: **Gr. Instrumental-Konzert.** Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. Nach dem Konzert: **Grosser Ball,** ausgeführt von 2 stark besetzten Orchestern. Meine auf das komfortabelste eingerichteten großen und kleinen Säle, sowie 5 neue Regalbahnen, Billard und Vereinszimmer, stehen den geehrten Vereinen zur gef. Benützung unter kulantesten Bedingungen. 50/21

Märkischer Hof, Admiralstraße Nr. 18c. Jeden Sonntag im prachtvollen Spiegel-Saal: **Grosser Fest-Ball.** Herren zahlen für Tanz 50 Pf. Anfang 4 Uhr, Ende 2 Uhr. Palm-Sonntag ist mein Saal noch an Vereine zu vergeben.
Albrecht's Salon (fr. Herzog) 67 Memelerstraße 67. Empfehle meinen Saal zu Versammlungen und Festlichkeiten; einige Sonntage im März und April noch frei.

Gardinen-Reste.
 Nach beendeter Inventur verkaufe in meinem alten Parterre-Lokal, Eingang vom Hür, einen großen Posten Gardinen-Reste in allen Genres, unter dem Selbstkostenpreis, speziell: Englische Füll-Gardinen, 2 Seiten Vandfeston, garant. dauerhafte Waare, Meter schon von 45 Pf. an bis zu den Elegantesten. **Bruno Güther**, Fabrikant aus Plauen i. Sachf. Berlin O., 80 Gräner Weg 80. (zwischen Andreas- und Koppenstraße). Günst. Omnibus-, Pferde- und Stadtbahn-Verb.

Dr. Thompson's Seifenpulver ist das beste und im Gebrauch billigste und bequemste **Waschmittel der Welt.**
 Nicht zu verwechseln mit geringwerthigen Nachahmungen, die in neuerer Zeit unter den Namen: „Seifen-Extract etc.“ angeboten werden. 3510 L

Welthans O. Polke
 32. Rosenthalerstr. 32.
 1. Geschäftshaus: Rosenthalerstraße Nr. 32, Ecke Sophienstraße.
 2. Geschäftshaus: Brunnenstraße Nr. 131, an der Invalidenstrasse.
 Die fertigen Sachen von O. Polke sind berühmt durch ihren noblen patenten Sitz und sind die Preise anerkannt die Hälfte billiger wie überall. 20000 Jaquet- und Rock-Anzüge, Mode 1893 (darunter die nobelsten Kammgarn-, Gesellschafts- und Brautanzüge) zu halben Preisen, nur 6, 8, 10, 12, 15, 18-35 M. 8000 Frühjahrs-Paletots, Modell 1893 nur 6, 8, 10, 12, 15-21 M. 6000 Kammgarn-Hosen und Westen v. 3 M. an. Arbeits- u. Lederhosen v. 1 1/2 M. an. Einzelne Jaquets u. Röcke, sowie 6000 Anaben- u. Burschen-Anzüge halb umsonst. 8000 Einsegnungs-Anzüge, Mode 1893 berühmt durch ihre Billigkeit und Güte, das Nobeleste der Saison, die Hälfte billiger wie überall nur 6, 8, 10, 12, 15, 18, 20, 21, 24 M. Sonntags geöffnet 7-10 und 12-2 Uhr. 8695L

In einigen Tagen erscheint mein neuestes, soziales Zeit-Kouplet: „Der Zukunftsstaat!“ In lehrig-satirischer Weise geschrieben! Preis mit Klavierbegleitung 50 Pf. (postfrei). — Wiederverkäufern hoher Rabatt! **R. Heise**, jetzt Berlin N., Zionskirchstr. 11, vorn 3 Tr. (Eingang vom Platz). 14206

Färberei und chemische Waschanstalt für Damen- u. Herrengarderobe, sowie für Möbelstoffe. Wäscherei für Gardinen, Spitzen, Pointis etc. Pressanstalt für Möbelstoffe, Sammet. Reparatur v. Herrengarderobe. Teppichreinigung. Glanzbesichtigung. **Kalläne & Meiling, Berlin SW.** Telephon Amt I. 7469. Filialen: W., Französischestr. 55. W., Potsdamerstr. 51. SW., Gläckerstr. 69. O., Blumenstr. 70. NO., Neue Königstr. 42. N., Lothringenstr. 29. N., Invalidenstr. 139. NW., Wilsonackerstraße 45. W., Gärtenbergstr. 42. [31/5] Abholung und Rücksendung kostenfrei. Preislisten franco. Postsendungen prompt. 3688L

Zum 18. März 1893 erscheint (in ähnlicher Weise wie die Märznummer der „Berliner Volkstribüne“) eine **auf rothem Papier** gedruckte **Extranummer** zum „Volksblatt“ der Kreise Teltow, Bieskow, Charlottenburg, Oberbarnim, Niederbarnim, Schwedt, Prenzlau-Angermünde. Vorbestellungen werden bis spätestens zum 1. März Berlin, Beuthstraße 2, Hof rechts, erbeten. Verkaufspreis 15 Pfennig. Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Annoncenpreis für die fünfgespaltenen Zeilen 30 Pfennig. Auflage über 20 000. **Die Expedition.** Hierzu zwei Beilagen

Arbeiter! Parteigenossen!

Morgen, am 20. d. Mts., finden hier in Berlin die Wahlen zum Gewerbegericht statt. Die Klassenbewußten Arbeiter haben in vielen Versammlungen durch Aufstellung von Kandidaten für die Beisitzerposten alle Vorbereitungen getroffen, um die Wahlen für die Sozialdemokratie siegreich zu gestalten.

Wenn das in Berlin erlassene Ortsstatut für das Gewerbegericht nicht den Forderungen unserer Partei entspricht und sehr Vieles zu wünschen übrig läßt, so ist es um so notwendiger, daß die Arbeiter-Beisitzer aus den Reihen unserer Parteigenossen gewählt werden, damit bei den Gutachten, welche die Gewerbegerichte über Arbeiterfragen abzugeben berufen sind, die wirklichen Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck kommen.

Auch die Rechtsprechung des Gewerbegerichts wird durch die Tatsache, daß sämtliche Arbeiter-Beisitzer Sozialdemokraten sind, nur gewinnen; vor allem ist hierdurch die Garantie gegeben, daß die Klagen der Arbeiter und Arbeitergeher zwar eine vorurteilslose Prüfung finden, aber nicht in einseitigem Interesse entschieden werden, wie es zweifellos der Fall wäre, wenn das Gewerbegericht in allen seinen Theilen nur aus Anhängern der herrschenden Wirtschaftsordnung bestände.

Die Vorteile, welche das Gewerbegericht der Arbeiterklasse bringen kann, werden bedingt durch die Art der Besetzung des Gerichts; gelingt es nicht, unabhängige, ziel- und klassenbewußte Männer zu Beisitzern zu wählen, dann schafft das Gewerbegericht in Berlin keinen Nutzen für die Arbeiter, sondern die Rechtsprechung auf diesem Gebiet wird noch verschlechtert.

Arbeiter! Parteigenossen!

Eure Pflicht ist es deshalb, morgen Mann für Mann zur Wahl zu gehen und eure Stimmen für die Kandidaten der Sozialdemokratie abzugeben.

Sorgt dafür, daß die Errichtung des Gewerbegerichts in Berlin den Arbeitern zum Nutzen gereicht, indem nur solche Beisitzer gewählt werden, die gewillt sind, ihr Amt ehrlich und treu im Sinne einer gerechten und unabhängigen Gewerbejustiz auszuüben, und welche unbeeinflusst von den kapitalistischen Interessen des Unternehmertums ihre Aufgaben erfüllen.

Parteigenossen!

Wenn Ihr morgen von Mittags 12 bis Abends 9 Uhr eure Schuldigkeit thut, selbst wählt und die Säumigen an ihre Pflicht mahnt, wenn Ihr in allen Wahlbezirken dafür sorgt, daß die in die Wahllisten eingeschriebenen Wähler ihre Stimmen abgeben, ist der Sieg unser. Dann, aber auch nur dann wird das Gewerbegericht seiner Aufgabe gerecht werden, und den wirtschaftlich Schwachen und Unterdrückten ein Schutz sein.

In dem großen Befreiungskampfe für das Proletariat müssen alle Mittel Anwendung finden. Der Sieg der Sozialdemokratie bei den morgenden Wahlen wird das Klassenbewußtsein der Arbeiter stärken und damit der Bourgeoisie einen empfindlichen Schlag versetzen.

Auf zur Wahl und zum Sieg! Vorwärts!!

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

47. Sitzung vom 18. Februar 1893, 1 Uhr.

Vin Bundesratspräsident: v. Bötticher.

Die zweite Beratung des Etats des Reichs des Innern wird fortgesetzt.

Der Rest des Kapitels 7, Befoldungen, wird ohne Debatte bewilligt, nachdem

Referent Abg. Graf Vehr bei den die Unterbeamten betreffenden Titeln auf die Mehrausgaben aufmerksam gemacht hat, welche durch die Einführung des Systems der Dienstalterszulagen für sämtliche Unterbeamten des Reichsdienstes im Etat entstehen.

Bei Kapitel 8, Allgemeine Fonds, Titel 1, Unterhaltung für das Germanische Museum in Nürnberg 48 000 M., bedauert

Abg. Amert (Soz.), daß für die deutsche Kunst von Reichswegen viel zu wenig getan werde. Wenn man vergleiche, was an Zölle auskomme und was für Militärszwecke aufgewendet werde, so sei der Gesamtbetrag von 80 000 M. geradezu verabschwendend. Der Einwand, daß die Einzelstaaten Aufwendungen machten, trafe nicht zu; das Deutsche Reich habe für die deutsche Kunst auch eine Aufgabe zu erfüllen. Wenn man etwa gegen seinen Standpunkt einwenden wolle, daß die Sozialdemokratie dem Kapitalismus und also auch der heutigen Kunstpflege feindlich gegenüberstehe, so sei das eine ganz phantastische Ansicht. (Präsident v. Sevegow ersucht den Redner wiederholt, endlich auf das Germanische Museum zu kommen.) Redner weist noch auf den eminenten Werth der Kunst für die geistige Erhebung der arbeitenden Klassen, für den Fortschritt der Kulturarbeit am Menschengeschlechte hin. Sie müsse dann aber allen, nicht wie im heutigen Klassenstaate nur einzelnen zugänglich gemacht werden.

Der Titel wird bewilligt. Bei Titel 12, welcher 4 400 000 M. zur Errichtung und Unterhaltung regelmäßiger deutscher Postdampfer-Verbindungen mit Ostasien und Australien auswirft, erbittet

Abg. Bamberger (Soz.) wiederum die rechtzeitige Aufstellung und Vorlegung des statistischen Materials über die Ergebnisse der Gütertransporte auf den subventionierten Linien.

Staatssekretär v. Bötticher: Dem Wunsche des Vorredners ist für 1891 entsprochen. Für 1892 ist dieselbe Statistik aufgestellt, aber noch nicht abgeschlossen. Es wird hoffentlich diesmal dem Wunsche des Vorredners entsprochen werden können.

Bei Titel 16, in welchem 12 670 925 M. an Reichszuschuß für die auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes zahlbaren Renten gefordert werden, fragt

Abg. Barth (Soz.) an, welchen Anhalt die Reichsverwaltung für ihre Annahme habe, daß am 1. Januar 1893: 67 000 Invalidenrentenempfänger vorhanden sein werden. Bei der außerordentlichen finanziellen Bedeutung, welche dieser Titel in von Jahr zu Jahr steigendem Maße erlange, müsse man hier auf der Ermittlung ganz genauer Grundlagen für die Bemessung des Reichsantheils an den Ausgaben bestehen. Für den Eintritt der Invalidität mangelt es immer noch sehr an objektiven Merkmalen. Für die ärztlichen Sachverständigen sei es äußerst schwierig, den ärztlichen Standpunkt zu wahren, wenn jemand mit dem Anspruch an sie herantritt, ihm zu bezeugen, daß die volle Arbeitskraft bei ihm nicht mehr vorhanden ist. Das subjektive Ermessen spielt hier leider bis jetzt eine entscheidende Rolle, und man befindet sich hier also auf sehr schwankendem Boden. Dieser Umstand führe notwendigerweise vielfach zum Zwiespalt zwischen den Invalidenrenten-Nachsuchenden, dem Arzte und der in Frage kommenden Genossenschaft. Alle diese Erscheinungen müßten in steigendem Maße hervortreten, je mehr die Arbeiter sich daran gewöhnten, ihre Rechte nach Maßgabe dieses Gesetzes wahrzunehmen. Popularität könne das Gesetz bisher nicht im geringsten aufweisen. Dem Reichstage seien Petitionen namentlich aus landwirtschaftlichen Kreisen zugegangen, so die große Nürnberger Petition mit 1/4 Million Unterschriften, welche direkt die Abschaffung des Gesetzes fordern. Von den Unterschriften dieser Petition kommen 245 000 aus Bayern her. Eine Petition von solchem Umfange habe bisher dem Reichstage noch nicht vorgelegen; denn Bayern sei der neunte Teil Deutschlands und hätte die übrigen Teile Deutschlands sich entsprechend betheiligt, so würden über zwei Millionen Unterschriften zusammengelassen sein. Die Unterschriften der Petition seien von den Angehörigen verschiedenster Parteirichtung gegeben worden. In dieser Petition dürfe der Reichstag nicht achlos vorübergehen. Das Beste wäre ja freilich, das Gesetz wäre nie zu Stande gekommen, aber auf Abschaffung sei zur Zeit keine Aussicht, dazu würde die gegenwärtige Regierung und auch der gegenwärtige Reichstag nicht den Muth haben. Es sei aber ein billiges Verlangen, wenn die Bitte an die Reichsverwaltung gerichtet würde, über die Wirkungen des Gesetzes nicht bloß schematische, sondern auch technisch-praktische Mittheilungen zu machen.

Staatssekretär v. Bötticher: Bei den Altersrenten hat sich ein kleiner Mehr gegenüber dem Anschlage ergeben, die Anträge auf Invaliditätsrenten sind aber sehr erheblich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Dieses Minus hängt wohl damit zusammen, daß die Wohlthat des Gesetzes noch nicht im erwünschten Grade den Bevölkerungsschichten, die es angeht, bekannt geworden ist. Die Beforgnis des Abg. Barth theile ich nicht. Unsere Rechnungen sind vorzüglich aufgestellt und haben im wesentlichen das Richtige getroffen. Die Ermittlung der Invalidität ist im einzelnen allerdings sehr schwierig, erschwert noch dadurch, daß die Feststellung des Begriffes der Invalidität in § 9 des Gesetzes durch den Reichstag anders normirt ist, als die Vorlage wollte. Man wird bei der Revision des Gesetzes darauf zurückkommen müssen. Bei der Ermittlung der Invalidität werden Vertreter der Arbeiter zugezogen werden müssen. Die Nürnberger Petition kann uns nicht so stark interessieren, wie Herr Dr. Barth meint. Die Unterschriften unter Petitionen zu Stande kommen, wissen wir doch im Jahre des Heils 1893 alle. (Heiterkeit.) Der Kreis, über den sich die Unterschriften der Petition erstrecken, ist ein lokal begrenzter. Andererseits fehlt es keineswegs an anerkennenden und zustimmenden Zeugnissen aus der Bevölkerung über die Bedeutung und wohlthätige Wirkung des Gesetzes. Wenig Jahre noch werden vergehen, dann wird man sich mit dieser Maßregel so angefaßt haben, daß man die damit verknüpfte Last als eine durchaus gleichgiltige betrachten wird. Ohne Rechtsbruch ließe sich das Gesetz überhaupt nicht abschaffen.

Abg. v. Schallscha (Z.): Die Unternehmer, namentlich in der Landwirtschaft, stehen dem Gesetze doch nicht ganz mit sympathischen Gefühlen gegenüber. Wenn sich das Gesetz ohne Rechtsbruch nicht abschaffen läßt, so läßt es sich doch ohne Rechtsbruch ändern, und eine solche Aenderung, die beide Theile befriedigt, muß angestrebt werden. Ich kann dem, was Herr Barth gesagt hat, nur zustimmen; ich glaube, es ist dies das erste Mal (Heiterkeit). In Schlesien und Posen herrscht allgemein eine große Mißstimmung über das Gesetz. Es müßte fakultativ gemacht, es müßte jedem Arbeiter überlassen werden, sich diese Rechte zu sichern oder nicht. Zustrieden sind mit dem Gesetze nur die Alten, welche die Früchte des Gesetzes genießen, ohne etwas dafür geleistet zu haben; unzufrieden und zwar im höchsten Maße sind die Jungen, welche zu zahlen haben ohne Aussicht, daß für sie etwas dabei herauszukommen wird. Eine Abänderung würde von der großen Mehrzahl der Bevölkerung freudig begrüßt werden.

Abg. Bebel (Soz.): Wir befinden uns in der eigentümlichen Lage, ein Gesetz verteidigen zu müssen, welches vor seiner Zeit abgelehnt haben. Eine Aufhebung des Gesetzes ist einfach undenkbar, solche Forderung aufzustellen, ist ungeheuer billig, aber es wird dadurch für die Sache nichts gewonnen. Der Widerspruch gegen das Gesetz in Bayern ist ganz erklärlich. Das Gesetz legt dem Unternehmer Lasten auf, wofür er eine direkte Gegenleistung nicht empfängt; die Opposition gegen das Gesetz erklärt sich also überall, nicht bloß in Bayern, sehr leicht. Der Vertreter Nürnberg hat mit uns gegen das Gesetz gestimmt, er wird aber trotz der 24 000 Unterschriften aus seinem Wahlkreis für die Aufrechterhaltung eintreten. Ausnahmsweise stimme ich mit Herrn von Bötticher darin überein, daß die Erwerbung des Invaliditätsanspruches durch das Gesetz außerordentlich erschwert, nicht wie Herr Barth meint, erleichtert worden ist. Die Besätze sind so klein und die Bedingungen für die Feststellung der Invalidität so schwer, daß thatsächlich noch zahlreiche Invaliden vorhanden sind, welche die Rechte nicht wahrgenommen haben, die das Gesetz ihnen giebt. Ein besonderes Abschreckungsmittel liegt in der Vorschrift, daß die Möglichkeit, ein Drittel des Verdienstes gewöhnlicher Lohnarbeiter zu verdienen, die Invalidisirung ausschließt. Selbst die hohe Rente der obersten Lohnklasse bleibt ja wesentlich hinter den berechtigten Ansprüchen zurück, weil die wirthlichen Löhne nicht mehr die Unterlage bilden; die hochgelohnten Arbeiter haben also gar kein Interesse, sich zu den Wohlthäten des Gesetzes zu drängen. Herr v. Bötticher urtheilt abfällig über die Art, wie die Unterschriften zu Petitionen zusammengebracht werden. Wie denkt er denn über die Unterschriften unter den Petitionen für die Militärvorlage? Die gesammelten Kapitalien sollen nach neueren Erlassen auch angelegt werden für Arbeiterwohnungen, welche zur Erleichterung der Errichtung von Arbeiterwohnungen vorhanden sind oder ins Leben treten. Wir halten diese Anlegung für sehr bedenklich. Wir leben in den Arbeiterwohnungen keine Wohlfahrts-einrichtung für die Arbeiter, sondern das Gegentheil einer solchen:

ein Mittel, die Arbeiter an die Scholle zu fesseln und selbstständig zu machen. Wie sehr wir mit dieser Anschauung im Rechte sind, dafür beziehe ich mich auf die für die Arbeiterwohnungen der Nähfabrik in Göggingen bestehende Wohnungs- und Hausordnung. Die darin enthaltenen Bestimmungen sind so drückend für den Arbeiter, indem sie ihm das Kündigungsrecht nehmen, andererseits ihn jeden Augenblick auf die Straße zu setzen erlauben, daß sie eine vollständige Sklaverei einführen, eine Zuchtordnung darstellen. Ebenso verhält es sich mit den Bestimmungen, welche die Harpener Bergwerks-Gesellschaft erlassen hat. Eine Verwendung der Gelder für die Invaliditäts- und Altersversicherung in dieser Richtung können wir also nur ganz entschieden mißbilligen. Klagen über die Handhabung des Gesetzes werden von Arbeitern namentlich darüber erhoben, daß eine einmal anerkannte Rente im Wege der höheren Instanz wieder herabgesetzt oder aberkannt werden kann. Darin liegt eine solche Benachtheiligung der Beschädigten, daß hier auf eine Aenderung der gesetzlichen Vorschriften Bedacht genommen werden muß. Weitere Klagen gehen von den Arbeitern aus, welche mit den von ihnen erhobenen Ansprüchen auf Altersrenten abgewiesen wurden, während sie nach Lage der Umstände durchwegs in der Lage waren, Invalidenrente verlangen zu können, aber von der Behörde darauf nicht aufmerksam gemacht wurden. Auch hierfür sollten generelle Vorschriften in das Gesetz aufgenommen werden. Un glaublich erscheint es, daß im Privatbetriebe und selbst in Reichsverwaltungen, wie im Marine-departement, die Alters- und Invalidenrenten entlassen oder deren Höhe um den Betrag der Rente gekürzt werden. Es wird auch hiergegen von Gesetzeswegen eine bindende Vorschrift erlassen werden müssen mit Strafandrohung gegen die Unternehmer, welche aus Egoismus und Profitgier solche ungesetzlichen Lohnkürzungen vornehmen. Schließlich verlangt Redner die Ausdehnung der Vorschriften des Gesetzes auf die Hausindustrie.

Staatssekretär v. Bötticher: Im allgemeinen zählt der jugendliche Arbeiter die Beiträge desweswegen ungern, weil er noch keine deutliche Vorstellung von den Nützlichkeiten und der Gebrechlichkeit des Alters hat. Auch in Posen und Schlesien hat sich die frühere lebhaftere Gegnerschaft gegen das Gesetz zu verlieren begonnen. Wenn der Abg. Bebel für unzulässig hält, die Gelder für Arbeiterwohnungs-zwecke nutzbar zu machen, so sieht er, daß die Reichsverwaltung generelle Vorschriften, wie er sie gefordert hat, zu erlassen gar nicht in der Lage ist. Die Gelder werden übrigens nicht, wie Herr Bebel zu meinen scheint, an einzelne Privatunternehmer gegeben, sondern die Regel ist, daß Korporationen, Vereine, welche für Andere Arbeiterwohnungen errichten wollen, sich mit ihren Anträgen an die Versicherungsanstalten wenden. Die Ausdehnung des Gesetzes auf die Hausindustrie kann sogleich nicht erfolgen, bevor man gründliche Kenntnisse von der Wirkung des Gesetzes auf den bisher ihm unterworfenen Kreis der Beschäftigten gewonnen hat. Dem Wunsch, daß die Verwaltungsbehörden geneigt sein möchten, die Arbeiter über ihre Rechte aufzuklären, kann ich nur zustimmen. Eine Strafbestimmung für die Unternehmer, welche Entlassungen oder Lohnkürzungen vornehmen, kann ich nicht befürworten, denn der Kausalzusammenhang zwischen Lohnabzug und Altersrente wird sehr schwer zu konstruieren sein.

Abg. Wiser spricht sich für eine Ausdehnung des Kreises derjenigen Personen aus, welche sich freiwillig der Versicherung anschließen können.

Abg. Graf Vehr (Rp.) tritt, wie schon bei einer früheren Gelegenheit, für die segensreiche Wirkung des Gesetzes namentlich in den ländlichen Bezirken Neuvorpommerns ein.

Abg. Barth: Die Agitation in Bayern für die Aufhebung des Gesetzes ist eine Agitation von höchster Loyalität, und es ist kaum berechtigt, über die Petenten in der von dem Staatssekretär beliebigen Weise hinwegzugehen. Wenn das Gesetz populär wäre, würde doch die Aufsehen erregende Erscheinung nicht eingetreten sein, daß der ehemalige Reichskanzler, Fürst Bismarck, sich vollständig von allen Einzelheiten dieses Gesetzes öffentlich losgesagt hat. Es bleibt dabei, das Gesetz hat höchst bedenkliche Mängel und ist höchst unpopulär; es muß alles versucht werden, es wenigstens erträglich zu gestalten. Das Beste wäre immer noch die Aufhebung, die sich allerdings ohne Rechtsbruch vollziehen lassen könnte. Wenn man sämtliche bereits entlassenen Entschädigungs- und Rechtsansprüche berücksichtigte, ließe sich dieser große Stein des Anstoßes allerdings aus der Welt schaffen. Die einzelnen Ausführungen des Abg. Bebel bezüglich der eingetretenen Lohnabzüge bei Altersrentnern zeigen zur Genüge, was alles aus dieser Zwangsversicherung sich noch entwickeln kann. Die Annahme einer Zahl von 67 000 Invalidenrenten-Empfängern ist auf Voraussetzungen gegründet, für welche wir die Unterlagen, die der Reichsverwaltung vorliegen, nicht besitzen; ich bitte nochmals um Mittheilung, ob diese Unterlagen diese Schätzung bestätigen.

Staatssekretär von Bötticher: Die Loyalität der Petenten unter der Nürnberger Petition habe ich nicht bezweifelt, ich bin von ihr durchaus überzeugt. Die Zahl der Unterschriften kann naturgemäß nur im Wege einer erheblichen Agitation zusammengebracht sein, und unter ihnen werden sich auch manche befinden, welche sich über die Folgen der Forderung der Aufhebung des Gesetzes nicht klar geworden sind. Daß es sich ermöglichen ließe, im ganzen Reiche über 2 000 000 Unterschriften zusammenzubringen, bezweifle ich auch nicht. Es handelt sich hier um ein Gesetz, welches einem Theil der Bevölkerung Lasten auferlegt. Wenn eine Petition in Umlauf gesetzt würde, wonach die Regierung ersucht wird, keine Steuern mehr aufzulegen (Große Heiterkeit), so würde sie auch Millionen Unterschriften erlangen. Ein Rechtsbruch würde durch die Aufhebung formell nicht begangen werden, aber materiell ist er nicht hinwegzuleugnen. Wenn das Reich einmal ein Gesetz erlassen hat, welches Millionen von Staatsbürgern einen Rechtsanspruch sichert und dieses Gesetz zurücknimmt, könnte es dies ohne Entschädigung aller bis dahin unter das Gesetz Fallenden nicht thun, und dann würde die Entschädigung Summen betragen, von deren Höhe wir uns kaum eine Vorstellung machen können. Das ist jetzt wird das Gesetz hauptsächlich noch nach unseren subjektiven Empfindungen beurtheilt, das Zahlenmaterial ist außerordentlich dürftig. Nach 5 Jahren wird Herr Barth und werden wir klarer darüber sein, wie das Gesetz gewirkt hat.

Abg. v. Westen (Z.): Wenn man wirklich dazu Schritte, das Gesetz aufzuheben, die geleisteten Zahlungen zurückzuerstatten und die Entschädigungsansprüche abzulösen, dann würde sich zeigen, daß das Gesetz doch viel mehr Freunde in der Bevölkerung besitzt, als es den Anschein hat. So lange die Gegner des Gesetzes nicht mit positiven Anträgen kommen, sondern bloß ihre Geneigtheit erklären, einer Aufhebung des Gesetzes zuzustimmen, ist ihre Art der Diskussion nur geeignet, die praktische Handhabung des Gesetzes draußen im Lande sowohl für die Arbeitgeber, wie für die Arbeitnehmer zu erschweren. Redner setzt ausführlich auseinander, wie das Gesetz, im Gegensatz zum manchesterlichen Prinzip des laissez aller, die Solidarität aller Interessen glücklich zum Ausdruck zu bringen genoußt habe, wie das Gesetz das Zusammenwirken aller Faktoren bedinge, um den Arbeiter gegen die Folgen der Arbeitsunfähigkeit zu schützen. Von diesem Standpunkte aus verwirft er die in seinem engeren Vaterlande aufgetretene Agitation, die auf Beseitigung einer so

segenreichen Einrichtung abziele. Die landwirtschaftlichen Arbeiter wären dieser Agitation fern geblieben.

Abg. Schrader (Df.): Ein so großes organisches Gesetz, das erst so lange Zeit in Wirksamkeit ist, muß allerdings bei seiner Ausführung zuerst auf Schwierigkeiten stoßen. Wenn man aber die Gegner auffordert, einen strikten Nachweis zu liefern, daß das Gesetz schädlich ist, so ist das ein Widerspruch in sich selbst. Wir halten das Gesetz immer noch für ein sehr bedenkliches, und in der Debatte über den Notstand der Landwirtschaft haben wir wiederholt die Klage gehört über die unerträgliche Last, welche das Gesetz der Landwirtschaft auferlegt; auch die Forderungen, welche die gleiche Klage erlösen. Wenn es möglich war, eine so große Zahl von Petitionen in Bayern zusammenzubringen, so muß doch irgend etwas Bedenkliches in dem Gesetze stecken. Vor kurzem erst haben wir die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz beraten, welche die freien Hilfskassen einengte. Für diese freien Hilfskassen sind die Arbeiter mit aller Energie eingetreten, und auch gegen das Invaliditätsgesetz würden die Arbeiter nicht aufgetreten sein, wenn es ihnen wirklich ein Äquivalent für die ihnen zugemuteten Lasten böte. Die Freistimmigen sind keineswegs Gegner der Versicherung an sich, sondern nur der Form, welche wir für ungewandlich halten. Auch hat bei dem Krankenversicherungsgesetz niemand daran gedacht, daß es eine solche üble Wirkung auf den ärztlichen Stand haben würde, wie sie tatsächlich eingetreten ist. Anträge auf Aufhebung des Invaliditätsgesetzes zu stellen, würde ausichtslos sein. Je früher man eingreift, desto besser, die Gefahr wird mit jedem Tage eine größere ebenso wie die Verpflichtung des Reiches mit jedem Tage wächst. Zunächst muß aber genügendes Material zur Beurteilung der bisherigen Wirkung vorliegen. Dieses Material muß aber nicht bloß über die äußeren Momente, Kosten und dergleichen, Auskunft geben, sondern auch sich auf eine Darstellung der Verhältnisse der Arbeiter und Arbeitgeber erstrecken. Die Ausdehnung des Gesetzes auf weitere Bevölkerungskreise steht in gewissem Umfang dem Bundesrat zu. Vor der Einbringung der Hausindustrie in das Gesetz dürfte vor allem die Frage der Normierung der Beiträge für die Familienmitglieder genau zu erörtern sein. Jedenfalls sollte hier überall mit der äußersten Vorsicht verfahren werden. Die Frage der Verwendung der Gelder zum Bau von Arbeiterwohnungen hat Herr Bebel nur von der Seite beleuchtet, daß ein Privatunternehmer diese Kapitalien nutzbar machen will, um für seine Arbeiter Wohnungen zu bauen. Dieser Fall ist aber bisher kaum praktisch geworden. Ganz gewiß wird durch Arbeiterwohnungen eine verstärkte Abhängigkeit des Arbeiters von seinem Arbeitgeber geschaffen. Wer dagegen, das gemeinnützige Gesellschaften und Korporationsanstalten, welche den Bau von Arbeiterwohnungen betreiben, Gelder auf diese Häuser von den Versicherungsanstalten aufnehmen können, wird wohl auch Herr Bebel nicht haben. Solche Genossenschaften dürfen allerdings nicht das Geringste mit Politik, Sozialpolitik und Religion zu tun haben. (Zwischenruf links.) Auch die Sozialdemokraten können ohne jede Scheu diesen Genossenschaften ihr Interesse zuwenden.

Abg. Müller (M.): Die Aufhebung des Gesetzes ist unmöglich. Wir wissen und mit dem Gesetz, wie es liegt, abfinden. Für eine Revision fehlt es ebenfalls noch gänzlich an Erfahrungen. Ich halte es auch für höchst zweifelhaft, ob es angebracht ist, Privaten aus diesen Klassen Geld herzugeben, aber ich bin mit dem Abg. Schrader darin einverstanden, daß gemeinnützige Baugesellschaften, welche dahin wirken, daß Arbeiter in den Besitz eines eigenen Wohnhauses gelangen, Geld dargeliehen wird. An Private Geld zu diesen Zwecken zu geben, hat bis jetzt nur die schlesische Versicherungsbank beschlossen, aber noch nicht ausgeführt.

Abg. Köster (M.): Ich erkenne die sozialpolitischen Gesetze nicht nur als theoretisch richtig an, sondern wünsche auch, daß in der Praxis ihre Ausdehnung immer weiter greife. Auf dem freiwilligen Weg des Sparens kann kein Arbeiter so viel zurücklegen, um sich eine, wenn auch noch so kleine Rente für Alter oder Invalidität selbst zu sichern. Dazu sind die Löhne viel zu gering. Verbesserung mag möglich sein, und dazu werden alle die Hand bieten, welche auf dem Boden des Gesetzes stehen. Die Belebung von Arbeiterwohnungen durch die Versicherungsanstalten wird bedingt durch die Frage der Sicherheit des gewährten Darlehens; im großen und ganzen halte ich nicht für recht, solche Gelder Privatunternehmern zu geben, aber einen Nachteil für die Gesamtheit kann ich darin nicht erblicken, daß gemeinnützige Gesellschaften und Genossenschaften aus diesen Klassen unterstützt werden. Ebenso wie die Klagen über das Unfallgesetz nach und nach verschwunden sind, werden auch diejenigen über das Invaliditätsgesetz verkommen.

Abg. Bebel: Ich bleibe dabei, daß dieses Gesetz gar nicht aufgehoben werden kann, weil die aus dem Gesetz erwachsenden Rechtsansprüche auf irgend eine Weise erfüllt werden müssen. Bekanntlich ist das Gesetz nur mit schwacher Mehrheit angenommen worden und wir haben dagegen gestimmt. Nachdem es aber in Kraft getreten ist und schon Jahre lang wirkt, müssen wir es austragen, statt es aufzuheben. Uns wird jetzt vorgehalten, daß wir das Gesetz abgelehnt hätten, obwohl es einen sozialpolitischen Gedanken in dem Reichsgesetz enthält. Letztere Auffassung ist ganz unzutreffend. Das die Belebung durch das Gesetz schließlich immer auf die Arbeiter abgewälzt wird, hat heute auch der Abg. Barth zugegeben. (Widerspruch des Abg. Barth.) Wenn Herr Barth fürchtet, daß wir mit diesem Gesetz schließlich zum sozialistischen Staat kämen, so hält er doch im Gegensatz zu seinem Freunde und Parteigenossen Richter den sozialistischen Staat für möglich. Was den Bau von Arbeiterwohnungen betrifft, so habe ich mich nur entschieden dagegen erklärt, daß von Unternehmern diese Gelder hingegeben werden, und es freut mich sehr, daß kein einziger Redner aus dem Hause sich dafür ausgesprochen hat, selbst nicht Herr Müller, dem ich es noch am ehesten zugestimmt hätte. Von Partei wegen haben wir natürlich nicht das Geringste gegen sogenannte gemeinnützige Baugesellschaften. Was wir bekämpfen, ist die unwahre Behauptung, daß die von den Unternehmern erbauten Arbeiterhäuser eine Wohlthat, eine Wohlfahrtsanweisung für die Arbeiter sind; um das Gegenteil zu erkennen, braucht man ja nur das Buch von Hecher über die oberösterreichische Baumwollen-Industrie und die Cito ouvrière in Mailand zu lesen. Die Versuche, auf solche Weise die Wohnungsverhältnisse zu verbessern, wie sie z. B. Herr Miquel in Frankfurt gemacht hat, sind ins Wasser gefallen und alle solche Versuche werden stets ergebnislos bleiben. Denn sie helfen vielleicht 100 oder 1000 Menschen, aber nicht der großen Masse des Volkes, welches in seinen elenden Wohnungsverhältnissen weiter vegetiert. Meine Forderung, die Wohnungsverhältnisse auf Grund der Altersrente unter Strafe zu stellen, soll nicht ausführbar sein. Allerdings würde der Unternehmer die Strafbestimmungen leicht umgehen können; aber damit ist nur bewiesen, wie sehr unsere ganze Gesellschaft ist. Bei der Marine sind solche Kürzungen vorgekommen, wie Herr Holtmann in der Budgetkommission selbst eingeräumt hat. Ebenso muß der Ungerechtigkeiten ein Ende gemacht werden, daß von dem Arbeiter die empfangene Rente zurückgefordert werden kann und er vielleicht, wenn er das Geld nicht hat, der Pfändung verfällt und das letzte Stübchen verliert.

Staatssekretär v. Bötticher: Es ist allerdings eine Härte, wenn ein Arbeiter, der ohnehin in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt ist, das ihm zu viel gezahlte Geld herausgeben soll; aber eine Korrektur an dem Gesetze kann deswegen nicht vorgenommen werden, weil dies die berechtigten Ansprüche der anderen Arbeiter beeinträchtigen würde. Die Möglichkeit, daß Arbeiter, die nur einen Teil des Jahres fest beschäftigt sind, sich die Rente gleichwohl sichern können, ist ja in der freiwilligen Weiterversicherung gegeben. Hier ist also eine Korrektur gar nicht nötig.

Abg. v. Harnewitz (Df.): Ich bin ursprünglich ein Gegner des Gesetzes gewesen, hat sich aber davon überzeugt, daß die Wirkungen desselben überwiegend günstige sind. Die Klagen der

Arbeitgeber verjümmten allmählich und unter den Arbeitern erweichte sich das Gesetz immer mehr Freunde. Er müsse mit dem Grafen Behr befähigen, daß der mit dem Gesetze gekaufte Schritt als ein Fortschritt sich bewährt habe.

Nachdem Abg. Schrader sich gegen die letzten Ausführungen des Abg. Bebel gewendet, wird die Debatte geschlossen und der Titel bewilligt.

Am 5/4 Uhr wird die weitere Debatte auf Dienstag 1 Uhr verlagert. Vorher erste und zweite Lesung des Handelsvertrages mit Ägypten.

Parteinachrichten.

Zur Wahl im westpreussischen Kreise Stargard-Berent wird uns aus Danzig geschrieben: Die Danziger Genossen traten bei dieser Wahl zum ersten Male in die Landtagitation ein. Am Sonntag, den 12. d. Mts., gingen 84 Mann in 12 Kolonnen nach dem Kreise ab, um dort Flugblätter und Stimmzettel zu verbreiten; die Ergebnisse, die sie auf diesen Touren machten, geben ein beredtes Bild von dem tiefen Stand, auf dem die dortige Bevölkerung bis jetzt erhalten worden ist. Den Genossen wurden die Blätter und Zettel zum Teil gar nicht abgenommen; auf Stellen, wo die Männer nicht zu Hause getroffen wurden, baten die Frauen dringend um Zurücknahme der Druckschriften und es machte auf die Verbreiter den Eindruck, als wenn die Frauen in ihnen Abgesandte des leidbaltigen Gottseidens erblickten. Weislich wurden ihnen die Thüren geschlossen, die Zettel zerissen oder nachgeworfen, beschimpft und geschlagen wurden sie auch; so in Sablau, wo man einen Genossen durch den Schlag mit einer Flasche zu Boden warf. Als er sich, mit Blut überströmt, erhob, griff man ihn mit einem Messer an und verwundete ihn derart am Arm, daß er auf einige Zeit arbeitsunfähig geworden ist; nach seinem Kameraden wurde von einem ausgehenden Menschen mit einem in ein Taschentuch gewickelten Stein geschlagen. In einem anderen Ort wurde ein Genosse von einem Mann mit dem Spaten verfolgt. In den meisten Dörfern hatten sich die Leute zusammen gerotet und nahmen eine drohende Haltung an. Einige gutgekleidete Leute haben unsere Genossen vielfach gewarnt, dort und dort hinzugehen; in einem Dorf warnte der Gendarm vom Betreten des nächsten Dorfes. In einzelnen Orten, wo die Leute noch nicht aufgekehrt worden waren, wurden unsere Agitatoren gut aufgenommen, aber die daselbst vertheilten Stimmzettel wird man den Leuten nachher doch wieder abgenommen haben, denn die Bevölkerung ist dort so gedrückt, daß sie sich in alles fügen muß. Außerdem wurden unsere Flugblätter in den Städten und Dörfern von Gendarmen, Polizeibeamten und Amtsvorstehern abgenommen; ja, auf zwei Stellen nahm man trotz allen Protestes von unserer Seite sogar die Stimmzettel weg. Drei Genossen wurden verhaftet, weil sie die Flugblätter nicht hergeben wollten.

Am 13. d. Mts. fand in Pr.-Stargard eine Antisemitenversammlung statt, in der der Abg. Zimmermann, der Kandidat der „Partei Paasch“, einige Worte sprach. Unser Genosse Friedrichmann aus Elbing, der ebenfalls sprach, wurde fortwährend unterbrochen und ihm nach wenigen Minuten auf bestellenden Schlussantrag hin das Wort entzogen. Unser Kandidat Otto Jochem aus Danzig konnte ebenfalls nur wenige Minuten sprechen, die Versammlung hörte ihn lautlos an und die anwesenden Arbeiter aufernten, als er deren Lage berührte, bereits ihre Zustimmung. Da erscholl plötzlich ein Ruf nach Schluss und gleichzeitig ein Hoch; es war das zweite, welches auf den Kaiser ausgedrückt wurde. Jetzt durfte Jochem nicht weiter sprechen. Benachteiligt konnten unsere Genossen nach dem bald darauf erfolgten Schluss der Versammlung das Lokal verlassen.

Am 15. d. M., dem Tage vor der Wahl, gingen wieder Genossen ab, um in den Städten noch nachzuarbeiten und am 16., dem Wahltag, folgten andere, um die Wahllokale in den Städten zu besetzen. Diese 16 Personen berichteten bei ihrer Rückkehr wahre Lebensgeschichten. Im Städtchen Berent mußte ein Genosse am Tage vor der Wahl flüchten, als er das Versammlungslokal der Antisemiten betreten hatte. Nur durch Juananspruchnahme des Schutzes eines Gendarmen war es ihm möglich gewesen, aus dem dreistöckigen Menschenhaufen herauszukommen. Die erhaltenen Pässe rechnete er nicht. Nun aber ging die wilde Jagd durch die dunkeln Stadt, hinter her das aufgeregte Volk, schreud: „Halbt den Sozialdemokraten auf, feinstig ihn.“ Auf Kreuz und Querwegen gelangte er zum Hofhause, in dem er logierte. — In einem anderen Lokal wurde ihm Anarchie verweigert, maßlos hat sich der Witz vor der Bevölkerung geäußert. Am Wahltag versuchten in dem Städtchen drei Genossen vor dem Wahllokale Posto zu fassen, doch mußten sie die Stadt schon Vormittag verlassen, sie wären sonst nicht mit heller Haut nach Hause gekommen.

In Schöned mußten die Vertreter von Stimmzetteln ebenfalls vor Endeignung des Wahlfalles die Stadt verlassen; der Bürgermeister warnte sie und sagte ihnen, er könne sie des Abends nicht schützen. Vor Einbruch der Dunkelheit mußten sie auf Umwegen nach dem Bahnhof gehen.

In Preussisch-Stargard sammelten sich die Menschenmassen vor den Wahllokalen, beschimpften zuerst unsere Genossen und gingen dann zu Thätlichkeiten über. Die Polizeibeamten, die unsere Leute übrigens selbst beschimpften, mußten Schutz gewähren, aber dennoch konnten die Posten nicht gehalten werden. Als die Genossen ihre Plätze verlassen mußten und nach ihrem Logis gehen wollten, wurden sie von Neuem angegriffen. Einer wurde zu Boden geschlagen, ein anderer, den man niedergeworfen hatte, wurde unter dem Gehetz der Menge durch die tiefsten Pfützen über den halben Marktplatz geschleift und erst, als sein Freund die Polizei herbeiholtte, konnte er befreit werden. Zwei Genossen gingen hiervon nach dem Polizeibureau, um Begleitmannschaften für den Weg nach dem Bahnhof zu verlangen, was ihnen aber abgelehnt wurde; sie wurden wieder angefallen und mußten in ein Geschäftslokal treten. Der Ladeninhaber wollte sie über den Hof führen und aus dem Hinterhaus hinauslaufen, aber auch hier hatte sich die verhasste Masse angesammelt; erst als die Polizei herbeigeholt war, konnten die Genossen das Haus verlassen. Die Beamten besorgten drei Sakitten, selbstverständlich auf Kosten der Agitatoren, und nun ging's, die wüthende Menge hinüber, nach dem Bahnhof, Stühle, Schneebälle und andere Wurfgeschosse flogen nun und an die Köpfe der Insassen der Schlitzen; auch hier wählten die Kutcher Umwege. Am Bahnhof angekommen, wurden die Ansrigen von den Bahnarbeitern angefallen; zwei von ihnen wurden mit Häuten und Stöcken geschlagen, sowie mit Hühnchen traktiert. Eine Beschwerde beim Stationsvorsteher nützte nichts; es wurden zwar mehrere Arbeiter vorgeführt, jedoch konnten die Schuldigen nicht auffindig gemacht werden. Bei der Abfahrt des Zuges wurde einer der Thäter, an einer Lowry beschuldig, gefesselt. Es muß angenommen werden, daß die Bahnarbeiter von einem Mitfahrenden zu dem Ueberfall aufgegriffen worden sind, denn als die Abfahrt aus der Stadt erfolgte, bestieg einer der schlimmsten Tamulanten, welcher einen Genossen mißhandelt hatte, trotz aller Proteste einen der Schlitzen. Obwohl ein Polizeibeamter, der mitfahr, aufgefordert wurde, den Menschen zu entfernen, machte er nicht ernstlich Miene, ihn zurück zu halten, nur sagte er, als der Kaufhold den Schlitzen nicht verließ: „Nun dann verlasse ich ihn“ und stieg aus, so kam er nach dem Bahnhof und hat dort wahrscheinlich die Arbeiter aufgekehrt, denn er ging bald darauf fort. Noch mehr, im Wartesaal wollte man die Ansrigen nicht dulden, die Restaurateurstochter schickte vor, der Raum würde beschmutzt — unsere Genossen waren mit Straßentoth und Blut bedeckt.

In Dirschau wollte man unsere Genossen nicht vor den Lokalen stehen lassen; standen sie in den Fluren der Häuser, dann hatten sie dort nichts zu suchen; standen sie draußen, so wurden

sie von Stelle zu Stelle getrieben; in den Fluren standen aber Leute mit Beamenmügen und vertheilten Zettel für den national-liberalen Kandidaten. Erst nachdem mehrere Genossen bei dem Bürgermeister Beschwerde geföhrt hatten, konnten sie ihre Plätze behaupten. Aber überall rotteten sich vor den Lokalen Menschen zusammen, beschimpften und mißhandelten unsere Freunde; einem der Ansrigen wurde von einem „feinen“ Herrn ins Gesicht gespußt, ein anderer „feiner“ Herr besohlte eine andere Taktik: Er bot ihm vor 12 Uhr Mittags 1 M. mit dem Bemerkten, er möge Mittag essen gehen, er wollte ihn in der Mittagszeit, wo die Arbeiter kommen sollten, von dem Lokal fortbannen; selbstverständlich wurde das Geschenk zurückgewiesen.

So die Vorgänge. Die Genossen im übrigen Deutschland wissen zwar, daß es hier im Osten mit der Arbeiterbewegung noch im Argen liegt, daß die arbeitende Bevölkerung noch zurück ist, daß aber solche Vorgänge möglich sind, daß sich die Arbeiter dazu hergeben, ihre Brüder, welche für sie eintreten, in dieser Weise zu behandeln, wird ihnen nicht glaublich gewesen sein. Wie traurig sind die Verhältnisse in der Gegend! Die Genossen berichten, daß sie auf ihren Touren Wohnungen angetroffen haben, die sie nicht für Räume hielten, in denen sich Menschen aushalten könnten. In einer Stube oder vielmehr in einem Raum, der so heißen sollte, fanden sie in Gesellschaft der Einwohner eine — Kuh. Der Besitzer des Thieres sagte, er befürchte, sie könne ihm sonst gestohlen werden, der Sicherheit halber habe er sie in die Stube genommen. Wo liegt denn diese Gegend? Sie liegt wenige Meilen von Danzig, einer Stadt, die so stolz auf deutsche Kultur u. s. w. ist, und es ist deutsches Land, wo vor 21 Jahren die Säcularfeier stattfand und wo die Befreiung dieser Lande aus polnischer Mißwirtschaft in Reden und Schriften gepriesen wurde.

Es ist nur noch wenig hinzuzufügen, der Bericht spricht deutlich genug. Die Schuld an den empörenden Vorgängen trifft alle Parteien; Fanatiker aller Parteilichungen haben die Massen beeinflusst und in der Unwissenheit der Bevölkerung haben sie einen günstigen Boden gefunden. Das Wahlergebnis konnte nach solcher Beeinflussung natürlich kein gutes sein, soweit es bis jetzt vorliegt, sind 63 Stimmen für uns abgegeben worden, 19 mehr als 1890. Die Bevölkerung ist zurück, jetzt gilt es langsam aber sicher vorgehen, dann gewinnen wir sie ebenso gut wie die Bevölkerung anderer Gegenden.

Parteiorganisation. Die Adresse der Agitationskommission für die Wahlkreise Stettin und Randow-Gröben haben ist für Geldsendungen: Georg Kaufmann, Stettin, Bogislavstr. 45, Seitenhaus 3 Treppen; für alle sonstigen Angelegenheiten: Karl Nathusius, Stettin, Buchdruckerei des „Vollboten“, Große Ritterstr. 5.

Lokales.

Stücker. Das der Stücker auf die Sozialdemokraten schimpft, ist sein unbestreitbares Recht, und wir würden es ihm sehr verargen, wenn er es nicht thäte und gar mit seinem Lobe beilegte. In der Freitag-Versammlung des „christlich-sozialen Vereins“ machte der Stücker von seinem Vorrecht auch reichlichen Gebrauch. Nur sollte er es unterlassen, den Versuch zu machen, uns seinen Hölle und ihnlüche Geschöpfe aufzuhängen, wie er es am Freitag mit dem 15jährigen Doppelmörder Paul Schmidt versuchte. In diesem Buchen haben wir vielmehr das Opfer plätscher Erziehung zu beklagen. Wie fast alle Blätter mittheilen, hat Paul Schmidt eine recht „religiöse“ Erziehung erhalten, die ihn so wenig wie die große Anzahl der Huchthausbewohner vom Verbrechen zurückhielt. Der Stücker möge seinem Publikum und der großen Anzahl seiner Amtsrüder vorhalten, die nicht nur eine religiöse Erziehung genossen, sondern selbst als fromme „Diener des Wortes“ fungierten und wegen der abscheulichsten Verbrechen das Huchthaus stierten.

Der Rothhaud feiert gegenwärtig in Berlin seine Orgien bei Champagner und Austern. Niemand ist wohl in Berlin der Champagner in so reichen Strömen geflossen. Heute fand eine von Tausenden „achtelbenden“ Agrarier besuchte Versammlung statt, in welcher sich nicht auch ein paar wirklich arme Bauern befanden, und in welcher der „Rothhaud“ der Agrarier ihren Ausdruck fand, und in welcher der „Rothhaud“ der Agrarier ihren Ausdruck fand. Außerdem tagt gegenwärtig der Verein deutscher Spiritusfabrikanten in Berlin, um für die Hebelgabe, welche die jendalen Schnapsbrenner jährlich im Betrage von 40 Millionen einstecken, eine Lüge im Namen der „nothleidenden“ Landwirtschaft zu brechen. Bei Dressel und Hiller, im „Kaiserhof“ und „Hotel de Rome“ und überall da, wo man das Flüsschen Sekt schon zu 10 M. trinken kann, kann man die armen Nothleidenden finden, wie sie in Verzweiflung eine Flasche nach der anderen leeren, und so durch Nütern und Kasten ihren ausgehungerten Magen erst Appetit zu dem Festmahl der Nothleidenden zu schaffen suchen. Hier wird sich wohl selbst der Staatsminister o. Bötticher hüten den Nothhaud zu befechten, und die sozialdemokratischen Arbeiter werden mit ihren Klagen endlich aufhören, wenn sie diesen wirklichen Nothhaud erbliden.

Arbeiter, Parteigenossen Schöneberg! Am Mittwoch, den 22. Februar, von 11 bis 5 Uhr, finden in Schöneberg die Ersatzwahlen zur Gemeinderatswahl statt. Selbstverständlich sind auch unsere Genossen gewillt, sich wieder an den Wahlen zu betheiligen. Es sind zwar in diesem Jahre nicht in so weit ganz besondere Schwierigkeiten bereitet worden, als man die Wahlhandlung in eine Tageszeit verlegt hat, während welcher der Arbeiter größtentheils auf seinen Beruf geföhrt ist. Trotz alledem aber wird dies die Wähler der dritten Klasse nicht hindern, für die Wahl der von sozialdemokratischer Seite aufgestellten Kandidaten, der Genossen Siegel und Freidank Mann für Mann einzutreten und nur ihnen ihre Stimme zu geben! Thue ein jeder seine Pflicht, dann wird auch diesmal der Sieg unser werden!

Um die Bedeutung der stattfindenden Wahlen darzulegen, findet am Montag, den 20. Februar, Abends 8 Uhr, in der Schloßbrauerei eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Genosse Kumer das Referat halten wird. Jeder Genosse hat die Pflicht, für zahlreiche Besuch der Versammlung Sorge zu tragen.

In Pankow ist ein heftiger Kampf gegen das Betriebsamt der Berlin-Stettiner Eisenbahn entbrannt. Ein Pankower Einwohner, Herr Fritz Watsche, hatte am 1. d. M. an den Eisenbahnminister Etienne folgende Depesche gerichtet: „Vorrecht-Bahnhof der Stettiner Bahn (in Berlin) vollständig aufgeworfen und überflutet und Passage lebensgefährlich. Schnellzüge Hülfe nothwendig.“ Das Eisenbahn-Betriebsamt behauptete darauf in einem Zeitungsartikel, daß die Depesche übertrieben sei und tatsächliche Unwahrheiten enthalte. Gegen diesen Beschuld haben nun zahlreiche Bewohner Pankows in einem „offenen Briefe“ an den Eisenbahnminister energisch Protest erhoben. Es wird dabei verblieben, daß die Oberfläche des an Bahnhofes vollständig aufgeworfen war und sich schon mindestens zwei Tage lang in diesem jammervollen Zustande befunden habe. Der Bahnhof sei viel schlechter zu passieren gewesen, als die Berliner Strassenbahn, sogar noch schlechter, als die meistens sehr vernachlässigte Anfahrts zum Stettiner Bahnhof. Der Bahnhof sei mit Wasserthümpeln so bedeckt gewesen, daß für die Bahn benutzenden Schulkinder entschieden eine Lebensgefahr obwaltete, die erst nach Absendung jener Depesche beseitigt worden sei. Der Minister wird erlucht, zu veranlassen, daß das königl. Betriebsamt seine Erklärung zurücknimmt bezogen, richtig stellt. Die Eingabe hat ca. 80 Unterschriften erhalten. Unter den Unterzeichnern befinden sich mehrere Ärzte, ein Polizeirath, ein Polizeihauptmann, Lehrer und Lehrerinnen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 21. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale „Wedding-Park“, Müller-Strasse Nr. 178:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten J. Auer. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 5. Fragelasten.
 NB. In dieser Versammlung gelangt die Broschüre „Nieder mit den Sozialdemokraten“ zur Verteilung. Auch werden dieselben bereits in den Zahlstellen verausgabt. Das Mitgliedsbuch ist in dieser Versammlung mitzubringen und dem Kassierer vorzulegen.
 239/20
Der Vorstand.

Ethische Gesellschaft.

Sonntag, den 19. Februar, Abends 6 1/2 Uhr,
Zwei Versammlungen.
 1. Kommandantenstr. 20, Arminhallen. Vortrag des Fräulein Ottilie Baader über: „Sitte und Moral“.
 2. Grenadierstr. 33, Seefeld. Vortrag des Herrn Otto Zunker über: „Chartistenbewegung“.
 Damen und Herren als Gäste sehr willkommen. Nach den Vorträgen gefälliges Beisammensein und Tanz.
 141/5

Achtung! Achtung!

Sonnabend, den 25. Februar 1893, in den **Concordia-Festsälen**,
 Andreasstr. 64, C. Saager,
Großer Wiener Maskenball
 der Berliner Gürtler und Bronceure.
 2 Orchester. Um 12 Uhr Einzug des Prinzen Carnaval mit seinem ganzen närrischen Gefolge zu Fuß und zu Pferde, wobei jede Dame in Maske ein Bouquet erhält. Entree 50 Pf. Billets in den mit Plakaten belegten Handlungen und bei dem unterzeichneten Komitee Otto Jaedel, Prinzenstr. 11, B. Leichert, Reichbergerstr. 34, B. Meißnerfeld, Manteuffelstr. 20, D. Neudorf, Waldemarstr. 11, S. Rabue, Alte Jakobstr. 51.
 1428b

Achtung! Stukatour!

Vereins-Versammlung
 am Dienstag, den 21. Februar 1893, Abends 7 Uhr, Alte Jakobstr. 48a.
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über „Henri Jöben“. Referent Kollege H. Lichte. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Wir ersuchen die Kollegen, recht zahlreich zu erscheinen.
 271/11
Der Vorstand.

Grosse öffentliche Versammlung sämtl. Arbeiter und Arbeiterinnen d. Wäsche- u. Kravattenbranche Berlins

Dienstag, den 21. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in Kiehl's Salon, Webersstr. 17.
Tages-Ordnung:
 1. Die Zustände in der Wäsche- und Kravattenfabrikation und der Fabrikantenverein. Referent: Kollege Hergt. 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegierten der Streit-Kontrollkommission eventuell Neuwahl desselben. 4. Verschiedenes.
 Die Fabrikanten sind besonders zu dieser Versammlung eingeladen.
 984/6
Der Einberufer.

Graveure! Ciseleure!

Versammlung
 Montag, den 20. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Dresdenerstr. 45.
Tages-Ordnung:
 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn Dr. med. Bernstein. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
 Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kollegen Zwirt, Stalitzerstr. 125, verlangt: Graveur auf Stahlstangen.
Der Vorstand.

Verband der Bäcker und verw. Berufsgenossen, (Mitgliedschaft Berlin.) Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, den 21. Februar, Nachmittags 3 1/2 Uhr, in Seefeld's Lokal, Grenadierstr. 33.
Tages-Ordnung: 1. Regelmäßige Monatsgeschäfte. 2. Vortrag des Herrn Stüve über: Die Cholera in Hamburg, illustriert durch Lichtbilder. 3. Gewerkschaftliches.
 Damen und Herren als Gäste willkommen.
 128/6
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Andreas-Strasse 21. Joël's Festsäle. Andreas-Strasse 21.
 Sonntag, den 19. Februar 1893: 275/11*

Grosser Wiener Maskenball

arrangiert von Mitgliedern des **Vereins deutscher Schuhmacher** und der **Zentral-Krankenkasse der Schuhmacher Deutschlands.**
 Am 11 Uhr Demaskierung. Am 12 Uhr Kaffeepause.
 Während der Kaffeepause: Große Ueberraschungen.
 Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf.
 Freunde und Gönner sind freundlichst eingeladen. Das Comité.
 Billets sind in allen mit Plakaten belegten Lokalen und bei W. Papke, Manteuffelstr. 31, im Keller, sowie bei Fleischer, Schickstr. 11 II, zu haben.
Achtung! Friedenau. Achtung!
 Montag, 20. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Kurhaus zu Friedenau:
Große Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung: 341/17
 1. Die gegenwärtige Lage. Referent: Reichstags-Abgeordneter August Bebel. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreichen Besuch bittet
Der Einberufer.

G. Superczynski, künstliche Zähne, Invalidenstr. 105, II.
Treptow, Park. Jeden Sonntag im neu renov. Parquet-Saal: **Gr. Ball.**
Bade's Volksgarten. Abonnement für Tanz 1 M. (3505L. Aussobank v. Weins- u. Bairisch-Bier.)

Charlottenburg.
 Bismarckstr. 72. Bismarckshöhe. Wilmersdorferstr. 39
 Montag, den 20. Februar 1893:
Grosse Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Stüve aus Hamburg: Hamburg und die Cholera. Illustriert durch 40 Lichtbilder. 2. Diskussion.
 Entree 10 Pf. Zu zahlreichem Besuch laden ein
Die Vertrauensleute,
 583

Genossenschafts-Bäckerei

für Berlin und Umgegend.
(Eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)
 Wir bringen hiermit zur Kenntnis der Interessenten und der Kundschaft der Genossenschaft, daß die von böswilliger Seite über den Bestand unseres Unternehmens ausgebreiteten Gerüchte völlig unwahr sind und auf Verleumdung beruhen. Gleichzeitig machen wir bekannt, daß wir das Gewicht des Brotes von Montag ab, entsprechend den heutigen Mehlpreisen, vergrößern werden.
 95/18
Der Vorstand.

Bettfedern, Daunen, fertige Betten.

Gr. Bettfedern-Spezial-Geschäft von **L. Beutler, Berlin.**
 1. Geschäft: Kiefernstr. 33.
 2. Geschäft: Mariannenstr. 11.
 3. Geschäft: Kurfürstenstr. 148.
 4. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 42.
 Hundert Sorten in Bettfedern, Pfund 50 Pf. bis zu den hochfeinsten Qual.
 Hundert Stand Betten; Stand: Oberbett, Unterbett und 2 Kissen 12 M. bis zu den hochfeinsten Brautbetten, fabelhaft billig. 3575L

T. M. Retzlaff,
 Brückenstr. 6 (Nannowbrücke).
Betten-, Bettfedern- und Daunen-Händlung
En gros. En detail.
Spezialität:
 Mikado-Federn und Daunen.
 Zehnjahrlang gestattet!
Bettenreinigung mit Dampftrieb.

Möbel-Magazin

R. Schmidt,
 Veteranenstraße 15
 auch **Chetizahlung.**
 Stets gebrauchte Möbel auf Lager. Auch ist dabeilbst ein Pianino billig zu verkaufen. Kindermöbel, größte Auswahl.

Kindergarten-Ausverkauf

Jerusalemstraße 42 I und Brunnenstraße 6 part.
 Einige ältere Muster sollen, um damit zu räumen, zu außerordentl. ermäßigten Preisen ausverkauft werden. 3701L*

Kanarienhähne!

(Nichtschläger) eigene Zucht, gute Sänger in Hohltonen, Klingel- und Bahroller, 50 edle Weibchen verl. **Ferd. Metzling, NW., Brühlstr. 63, Quergeb. 2 Tr. I.** (14006)

Kanarienhähne ff. Hohl- und Ringelrollen m. Knorre (Stamm B. Trute). Weibchen zu 2,50 M. verl. **Witow, Dylkestr. 3, 1 Tr., am Wasserthum.**

Kanarienhähne. Gute Hochweibchen sind zu verkaufen Reinickendorf, Scharnweberstr. 90, 2 Tr. I. (Zogeler Chaussee).

Schwarzdrosseln 5,00, Graudrossl. 4,00, Staare, Dompf. 2,50, Kreuzschub. 1,50, Singlerch. 1,50, Kanarienv. Zuchtweibch., Hochb. billig, Invalidenstr. 7. 1399b

Kanarienhähne u. Zuchtweibchen verl. **Krebs, Brangelstr. 14, Hof 4 Tr.**

Kanarienhähne und Weibchen verkauft **Strauß, Brangelstr. 86.**

Kanarienhähne, feinste Hohl- und Klingel-Roll. **F. Schulz, Bärthstr. 36.**

Nur 1 Mark.
 Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt Blumenstr. 19 II. Auch Sonntags.

Roh-Tabak.

Sämtl. in- u. ausländischen Sorten in billiger Preislage. Formen, alte und neue, auch Reilsagen, billig abzugeben. 3554L
Heinr. Franck, Roh-Tabak-Händler, Brunnenstr. 141/42.
 Ein Sopha verkauft der Verwalter Admiralstr. 8. 801b

Sopha, rothbr., billig zu verkaufen, Schubert, Fichtestr. 31. 1401b

Bettfedern, dreifach gereinigte, neue, vorzüglich füllend, Pfund 50, 70, 90 Pf. Halbdannen 1/2, 1, 10, 100. Daunen von vorzügl. Füllkraft (3 Pfd. genügen zum größten Oberbett) 2,75, empfiehlt das als streng reell bekannte, 1870 begründete Spezial-Geschäft von **S. Pollack,** Dranienstr. 61, am Moritzplatz. (3640L*)

Achtung! Kein Laden.
 Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg 3561L
H. F. Dinslage, Kottbusserstr. 4, Hof part.

Neue Köstl. B. Zahnarzt Cohn, Sauerjos: Zahnheiler von 1.-M. Fällen u. Zahnerfab. **Chetizahlung, Poliklinik.** 3653L*

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Minienstr. 149, 8-10, 6-7, Sonnt. 8-10.

Schmerzlozes Zahn-, Nervi. Süß, Faldensteinstr. 32.

Arbeitsmarkt. Parker

aus der Damenmäntelbranche
 können sich melden im Bureau des Verbandes der Geschäftsdiner, Parker und Berufsgenossen, C. Neue Grünstraße 10, Fernsprech-Nr. I, 810. 170/8

Arbeiterinnen auf zugeschnittene Knaben-Anzüge gesucht. Moritz Gottschalk Edhne, Kurstr. 15. 1428b

Mamsells finden auf gute Umbänge und Capes bei hohem Lohn Beschäftigt bei Grün, Jerusalemstr. 23, 3 Tr.

Mamsells auf bessere Knabenanzüge verl. Stein, Adalbertstr. 22. 126M

Plätterin auf Steh- und Umgelegtrogen verl. Neumann, Zionskirchplatz 10, IV.

Goldleinen-Fabrik 18720*
 sucht einen Bergoldergehilfen bei wöchentl. Lohn von 36-40 M., der selbstständig arbeiten kann, besonders in der Farbmacheret. Off. sub B. 100. Exp. d. Bl.
 Ein Lehrling, Sohn achtbarer Eltern, verlangt **G. Scharnow,** Uhrmacher, Dranienstr. 152. 3674*

Fortuna-Säle

3. Straußberger-Strasse 3.
 Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
 Jeden Donnerstag: **Große Gesellschaftskunde.**
 Empfehle meine Säle zu allen Privat-Festlichkeiten und Versammlungen; auch sind einige schöne Vereinszimmer zu haben. 3670L*

Heute, Sonntag 18765*
Bockbier-Auflad,
 wozu Freunde und Bekannte einladet
A. Sievert, Görlitzerstr. 50.

Groth's Restaurant „Zur Markthalle“. Täglich Zitherkonzert Bremerstraße 71 vis-à-vis der Markthalle.
 Parteigenossen empfehle mein schön eingerichtetes Lokal zum gefälligen Besuch. Vereinszimmer als Zahlstelle für 40 Personen. **Edmund Reuter,** 3852L*
Swinemünderstr. 45.

Genossen empfehle meinen Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch. Vereinszimmer mit Piano. Für gute Getränke sorgt stets **8613L***
Fritz Fröhlich, Haungr.,

Vereinszimmer bis zu 80 Personen, auch als Zahlstelle zu vergeben. Zwei Regelbahnen, Stunde 60 Pf., empfiehlt **G. Lechnitz, Königsbergerstr. 23.**

Allen Genossen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich das **Cigarren- und Tabakgeschäft** von Herrn **S. Stabernack** übernommen habe und halte mich bestens empfohlen. **86893***
W. Gesche, Brangelstr. 85.

Boltsbuchhandel J. Müntz, Berlin N. 39,
 Reinickendorferstraße Nr. 66.
Arbeiter-Literatur, Arbeiterlieder
 u. f. w. 1419b

M. Krüger's 18015*
 Seife-Leinöl ist das anerkannt Beste. **Fabrik-Lager Stalitzerstr. 105.**

Alte Stiefel gr. Russ., Reparatur u. Best. reell u. billig.
Runge, Haungr. 2. 1892b*

Maskengarderobe. Ren. f. Herren u. Damen, preiswech. Hochzeitskleider, Gesellschafts-, Ballkleider. **Heander-Kraße 31. 47/9**

Kindergarten. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23. 3v**

Homöopathische Klinik, Brunnenstr. 40. Spr. 11-12, 4-5. Sonnt. 9-10

E. Strauss, Schneidermstr., Blumenstr. 46, part., 3703L*
 empfiehlt sich zur Aufert. eleg. Herren-Garderoben. Für guten Sitz u. saubere Arbeit wird garantiert. Lager v. Stoffen in grosser, geschmackvoller Auswahl. Konstante Zahlungsbedingungen.

*Empfehle mich den Parteigenossen zur Anfertigung von Herrengarderobe jeder Art. Reparaturen schnell und billig. **G. Richter, Kiefernstr. 163, v. IV.**

Bestes Nähgarn!
Stodnjige, Klippjige
 vorräthig in der Markthalle Kiefernstraße.

Rechtsbureau des Königl. Richter's a. D. **Alte Jakobstr. 130.** Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 84952

Die bei der Inventur im Preise herabgesetzten
Kleiderstoffe und Mäntel
 stellen wir zum Ausverkauf.
 1 Posten Hauskleiderstoffe in sehr dauerh. Qualitäten Meter 40 Pf.
 1 Posten Cachemirs u. schwarzer Fantasiestoffe 1 Mk.
 1 Posten Ballstoffe in reicher Farben-Auswahl Robe 5,50 Mk.
 1 Posten helle Kleiderstoffe zu Frühjahrskleidern passend Meter 1 Mk.
 1 gr. Auswahl sehr hübscher Morgenröcke 5,50, 6,50, 8 Mk.
 1 grosse Auswahl fertiger Kleider 15, 20, 25 Mk.
 1 grosse Auswahl Regenmäntel 10 Mk., 12 Mk., 15 Mk.
Sielmann & Rosenberg, Kommandantenstrasse
 Ecke Lindenstrasse.

Zu den Gewerbegerichts-Wahlen.

Indem wir nochmals auf die Bekanntmachung in der Freitag-Nummer des „Vorwärts“ hinweisen, ersuchen wir diejenigen Genossen, die am Wahltag als Stimmzettel-Verteiler u. dgl. helfen wollen, sich heute, Sonntag, Vormittags 10 Uhr, in den verschiedenen Bezirksbüros, die in obiger Nummer veröffentlicht wurden, einzufinden, dort wird ihnen von den Bezirks-Obmännern ihre Arbeit am Wahltag angewiesen werden. Im Anschluß daran bringen wir noch einige Ergänzungen der gestern gebrachten Zusammenfassung der Wahlbezirke.

34. Wahlbezirk, enthaltend Stadtbezirke 229, 257 bis 259 und 265 bis 267 und von Stadtbezirk 236: Rheinsbergerstr. 79; von Stadtbezirk 268: Gartenstr. 26-35 und 145-155, Invalidenstr. 18; mit Ausschluß der Grundstücke: Ackerstr. 27-28 und 143, Invalidenstr. 148-163, Bergstr. 80 und 81, Pappelplatz von Stadtbezirk 257, Bernauerstr. 15-24 und 84-92 von Stadtbezirk 258, Strelitzerstr. 30-35 und 89-96 von Stadtbezirk 259, Gartenstr. 96-112 von Stadtbezirk 265, Ackerstr. 69 bis 70 von Stadtbezirk 266, Bergstr. 62 von Stadtbezirk 267.

35. Wahlbezirk, enthaltend Stadtbezirke 229 bis 236, mit Ausschluß der Grundstücke: Kastanien-Allee 36 u. 70, Schwedterstr. 29 von Stadtbezirk 233, Bernauerstr. 26 von Stadtbezirk 235, Rheinsbergerstr. 79 von Stadtbezirk 236.

36. Wahlbezirk, enthaltend Stadtbezirke 237 bis 250, mit Ausschluß der Grundstücke: Heinersdorferstr. 1 und 2, Prenzlauer Allee 21/22 von Stadtbezirk 237.

37. Wahlbezirk, enthaltend Stadtbezirke 251 bis 254, 290 bis 294 und von Stadtbezirk 235: Bernauerstr. 26; von Stadtbezirk 258: Bernauerstr. 15 bis 24 und 84 bis 92; von Stadtbezirk 259: Strelitzerstr. 30 bis 35 und 89 bis 96; von Stadtbezirk 265: Gartenstr. 96 bis 112; von Stadtbezirk 266: Ackerstr. 69 bis 70.

38. Wahlbezirk, enthaltend Stadtbezirke 270 bis 275 und von Stadtbezirk 268: Invalidenstr. 19-23 und 129-132; von Stadtbezirk 269: Eissenerstr. 27-30; von Stadtbezirk 282: Invalidenstr. 80-83.

Hervorheben wollen wir noch, daß unsere Genossen und Wähler bei der Wahl am Eingange zum Wahllokale unsere Stimmzettel als sozialdemokratische abgeben erhalten, weil unsere Gegner jedenfalls das Bauernsängerkunststückchen versuchen werden, ihre Stimmzettel als die der „Arbeitsgenossen“ anzubieten.

Außerdem ersuchen wir unsere Genossen, auf unsern Stimmzetteln keine Kandidaten zu kreuzen, da sonst die Gefahr vorliegt, daß wir unsere ganze Liste nicht durchbringen.

Also, auf zur Wahl, denkt daran, daß der 20. Februar für uns ein historischer Tag ist und im Jahre 1890 von guter Bedeutung war.

Mit sozialdemokratischem Grusse
Die Berliner Streik-Kontroll-Kommission.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhause.

83. Sitzung vom 18. Februar 1893. 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Vosse.

Der Platz des Abg. v. Wenda, der heute sein 77. Lebensjahr vollendet, ist mit einem prächtigen Blumenkranze geschmückt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Staatshaushalts-Etats für 1893-94 und zwar des Etats des Kultusministeriums.

Beim Etat des Ministers erhält weiter das Wort

Abg. Stöcker (L.): Nach den Aeußerungen der öffentlichen Blätter hat Herr Nidert am vorigen Montag ein großes Gesecht gewonnen, es war in meiner Abwesenheit. Ich gönne es ihm beinahe, einmal recht zu haben, aber amicus Nidert, magis amicus veritas. Das Gutachten des Dr. Eder im Judenpiegel-Prozess war ein gerichtliches und ein wissenschaftliches. Eder soll sich ein Gutachten über ein Buch, welches Briemann geschrieben hatte, von Briemann haben machen lassen; das ist der Vorwurf einer unverantwortlichen Gewissenlosigkeit gegenüber einem katholischen Gelehrten. Daß der Aron Briemann sich mehrmals hat taufen lassen, ist so ein Zeichen der Gewissenlosigkeit, welche auch bei Juden herrscht, die sich taufen lassen. In bezug auf das odium generis humani hat Herr Nidert seine Freiheit aus der „National-Zeitung“ geschöpft. Er hätte sich die „Frankfurter Zeitung“ ansehen sollen, welche den Dr. Triebner abfertigt. Tacitus bezeichnet die Christen allerdings mit diesem Worte, aber nur, weil er sie als eine jüdische Sekte kannte. Ebenso haben Herder und Treitschke die Sache aufgefaßt. Wie kann man von mir ein genaues Zitat verlangen? Ich kam damals in die Sitzung, ohne zu ahnen, daß die Judenfrage vorkommen sollte. Ich habe aus dem Gedächtnis zitiert. Ich kann mich auch auf einen gewissen Herrn Nidert einwandlos beziehen. Zeugen im Rommen berufen, der die Stellung des Tacitus zum Judentum dahin zusammenfaßt, daß die Juden ihm als der Abschaum der Menschheit erschienen. Wenn diese Verhandlung in die Öffentlichkeit kommt, wird die Stegefanfare verklingen, und das Judentum wird sagen: Gott schätze mich vor meinem Freunde Nidert. Von der Erklärung der Rabbiner hatte Herr Nidert ein Vorzugsexemplar, ehe die Sache in die Öffentlichkeit kam; das ist bei seiner Stellung begreiflich. Herr Nidert meinte, die Erklärung werde ihren Eindruck nicht verfehlen. (Abg. Nidert: Auf Sie allerdings!) Die Erklärung hat gar keinen Eindruck gemacht. Die Rabbiner drücken sich um die Frage des Talmud herum. Der Judenpiegel sagt nach dem Schulchan Aruch: Die Juden dürfen keinen Juden betrügen, aber dem Arum gegenüber ist es ihnen erlaubt, und Dr. Eder stellt die Sache dahin richtig: daß dem Arum gegenüber es keine Uebervorteilung giebt. Redner wendet sich nunmehr an den Minister mit der Frage, wie es stehe mit den Beschläüssen der evangelischen Generalynode in bezug auf die kirchliche Selbständigkeit.

Minister Vosse: So gern ich in solchen Dingen, wie Herr Stöcker sie angeregt hat, entgegenkommen möchte, so ist doch der arbeitsamartige Charakter dieser Dinge ein Hindernis, etwas zu thun. Er will die Befugnis des Landtags eingeschärft wissen, sich über kirchliche Fragen bei kleinen Anlässen auszusprechen. Wie soll die Regierung die Punkte formulieren, wo der Landtag mitsprechen, und diejenigen, in denen ihm diese Befugnis entzogen werden soll? Wichtig ist der dritte Punkt: das Steuerrecht der Kirche. Das Staatsministerium hat bereits beschlossen, sich mit einer Erhöhung auf 6 Prozent einverstanden zu erklären, eine Vorlage ist noch nicht ausgearbeitet. Eine Notation der evangelischen Kirche ist eine so weittragende Frage, daß der gegenwärtige Zeitpunkt der denkbar ungünstigste dafür ist.

Abg. Reibauer (Pole) bringt die polnischen Beschwerden über die Kreischulaufsicht, über die Unterrichtssprache beim

Religionsunterricht, die mangelnde Berücksichtigung katholischer Schulen u. s. w. zur Sprache.

Ministerialdirektor Kögler erklärt, daß die Regierung bestrebt sei, die katholische Schule möglichst unter katholische Aufsicht zu stellen. Die Errichtung neuer Schulen, die vielfach von der Regierung als notwendig erachtet wird, ist nicht so leicht, weil die Regierung durch das Gesetz von 1887 gebunden ist an die Zustimmung des Kreisausschusses.

Abg. Nidert (Hr.): Ich würde über Herrn Dr. Eder ebenso urtheilen, wenn er auch nicht katholisch wäre. Ich will über diese Sache nicht in dieser weitläufigen Weise sprechen, wie Herr Stöcker; Herr Stöcker ist ja Ihres Weisheit sicher; Sie folgen ihm, ob damit aber der konservativen Sache gedient ist, lasse ich dahingestellt. Meine Stellung als „Generalstabchef“ der Judenschuttruppe... man läßt mich bald Generalmajor, bald General sein... wird oft angeführt. Es kommen nach solchen Reden des Herrn Stöcker immer Zuschriften aller Art an meine Adresse, zum Beispiel auch solche: Wieviel ich eigentlich als General der Judenschuttruppe bekomme? Ich nehme an, daß diese Wirkung von Herrn Stöcker nicht beabsichtigt ist. Ich halte es für eine größere Ehre, die verfolgten Juden (sachlich rechts)... Ihr Gelächter zeigt, daß Sie gar keine Empfindung von christlichem Gewissen haben. (Zuruf des Abg. Kropatschek: Was wissen Sie von christlichem Gewissen!) Ich halte mich für verpflichtet, mitzukämpfen daran, daß diese Schmach unseres Jahrhunderts (Gelächter rechts) wieder beseitigt wird, daß die Bestrebungen, den Juden ihre verfassungsmäßig garantierten Rechte zu nehmen, nicht Erfolg haben. Ein Vorzugsexemplar der Erklärung der Rabbiner habe ich nicht erhalten; ich habe mehrere Exemplare zu derselben Zeit erhalten, wie die Redaktionen aller Blätter. Freilich dem Stöcker'schen „Volk“ wird eine solche Erklärung wohl nicht zugegangen sein; denn man kennt Herrn Stöcker und sein „Volk“. Da könnten die Engel mit Engelszungen reden (Zuruf rechts: netter Engel!), sie würden Herrn Stöcker nicht überzeugen. Auf Herrn von Wackerbarth scheint die Erklärung der Rabbiner einen Eindruck gemacht zu haben. Ich verwahre mich dagegen, daß ich die Diskussion veranlaßt habe; Herr Stöcker hat mich aber schulmeisterlich wollen; er spricht über den Talmud und Schulchan Aruch, als ob er der belehrte Mann wäre in allen diesen Dingen. Ich berufe mich auf die Autoritäten. Daß Herr Dasbach die Sache angerührt hat, thut mir leid, um so mehr als das Zentrum und hohe Würdenträger der katholischen Kirche eine richtige Stellung in dieser Frage eingenommen haben. Ich soll mich auf einen unbekanntem Mann berufen haben; ich habe mich auf einen katholischen Gelehrten Dr. Widel berufen. In dem Prozess Nidert kontra Bloch hat die Morgenländische Gesellschaft diesen Mann als erste Autorität angerufen. Der Brief ist abgedruckt in einem Buch von Kopp, einem Katholiken, zur Judenfrage, und ich habe auch eine beglaubte Abschrift davon hier. Widel bittet, von dem Gutachten in dem Prozess Nidert entbunden zu sein, weil er gegen Nidert urtheilen möchte, was ihm peinlich sei. Außerdem sei er im Talmud trotz seiner Studien nur Schüler. Freilich mache sich jetzt der Schwandel gelehrter Indusirieritter auf diesem Gebiet breit; so habe sich ein freiburger Privatdozent in Münster zum Gutachten gedrängt. Es sei leider ein Priester, der gar nichts vom Talmud versteht. Zur Bestätigung hat er sich von einem gelehrten Juden ein Buch schreiben lassen, das er als sein eigenes ausgab, um darauf eine Professurstelle zu erlangen. Herr Dasbach giebt selbst zu, daß Eder Briemann als Lehrer kennt habe. Widel erklärt, daß Eder vom Talmud und Schulchan Aruch nichts verstehe; Briemann habe den Versuch gemacht, ihn zu unterrichten, aber es bald aufgeben müssen, weil Eder in die Geheimnisse der talmudischen Dialektik nicht eingedrungen vermochte. Alle diese Dinge sind gedruckt und alle Anspielungen hat Herr Eder unbeantwortet gelassen. Hält Herr Stöcker seine Autorität für mehr maßgebend als die von mir angeführten Autoritäten? Redner beruft sich ferner auf die Schrift des Professor Straß, der ein konservativer, strenggläubiger Mann sei, dessen wissenschaftliche Autorität auch von niemand in Zweifel gezogen wird. 1885 hat er ein Gutachten über Eder abgegeben, in dem er erklärte, daß Eder nicht der geistige Vater des unter seinem Namen erschienenen Buches sei oder ob er ein Ignorant sei. Ohne Noth hat Herr Dasbach auch den Namen Nidert erwähnt, welchen Straß in seinem Buche des Meinereides und grober Fälschung angeklagt hat, welchen er ferner schimpfliche Unwissenheit in der jüdischen Literatur vorwirft. Professor Straß wollte den Gerichten Gelegenheit geben, die Fälschung in dem famosen Flugblatt festzustellen. Wenn ein strenggläubiger, evangelischer Theologe so weit geht, dann wird man anerkennen müssen, daß es sich nicht um blinde, persönliche Leidenschaft handelt, sondern um echten religiösen Gewissensdrang, dem der wahrhaft religiöse Mann nicht widerstehen kann. An diesem wirklichen Prediger der christlichen Liebe sollte sich Herr Stöcker ein Beispiel nehmen. (Sehr wahr! links); aber Herr Stöcker's Ziel liegt in einer andern Richtung: Der Jude wird verbrannt. Herr Dasbach hat auch die Moral der jüdischen Bevölkerung verächtlich. War das nöthig? Könnte er sich nicht begnügen mit der Erklärung der jüdischen Rabbiner? Diese Erklärung hätte auch ihm als gläubigen Christen eine Genugthuung gewähren müssen. Er sucht die Erklärung zu widerlegen und behauptet, daß doch die unbillige Moral in den Gesetzbüchern vorkommt und daß sie noch heute maßgebend sei. Die Behauptung des Herrn Dasbach, daß das Wort Arum sich auf Christen bezieht, ist längst als haltlos und nichtig nachgewiesen; Redner beruft sich auf Professor Straß und Dr. Hoffmann, welche nachweisen, daß der Ausdruck Arum im Schulchan Aruch von den Christen niemals gebraucht sei. Ferner hat Herr Hildesheimer, auch ein Sachverständiger, erklärt, daß der Schulchan Aruch nicht maßgebend sei; denn seine Entscheidung wird verworfen, wenn sie nicht mit den Quellen übereinstimmt. Die Behauptung des Herrn Dasbach bezieht Herr Hildesheimer zum Theil als absolut unabwehrbar. Der Brief der Redaktion des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus ist sehr ungeschickt; ich gebe ihn vollkommen jeder Kritik preis. Ich kann also nur meine Bitte wiederholen an den Herrn Kultusminister (der Minister ist mit dem Abg. v. Dergin-Bronberg in ein Gespräch vertieft und hört nicht auf den Redner) — ich bitte den Herrn Kultusminister — (große Heiterkeit) ich wiederhole meine Bitte an den Minister — (große Heiterkeit); der Minister wird darauf aufmerksam gemacht, daß Nidert sich an ihn wendet. Ich bitte den Minister, die Untersuchung über die jüdischen Religionsbücher zu beschleunigen, damit nicht Behauptungen, die aus den entlegensten Scharten entnommen sind, noch länger in der Welt umherlaufen. Daß der Herr Minister auch die Echtheit der 100 Theesen des Judenpiegels untersuchen lassen möge, will ich ihm nicht zumuthen; es gehört wohl nicht zu seinem Ressort. Herr Stöcker hat wieder eine These des Judenpiegels zitiert, die vollständig entstellt ist nach den Urtheilen von Sachverständigen. Ich würde auch für den unschuldig verfolgten Stöcker eintreten. Ich möchte ihn bitten, daß er sich endlich wieder besinnt auf seinen Charakter als Diener der christlichen Liebe. Jedemfalls bitte ich den Kultusminister,

keinen Tag länger als notwendig vergehen zu lassen, damit endlich erkannt wird, was die Untersuchung der jüdischen Religionsbücher ergeben hat.

Minister Vosse: Ich habe schon neulich eine Erklärung über diese Untersuchungen abgegeben, die ich heute nur wiederholen kann. Ich konnte versprechen, eine Beschleunigung einzutreten zu lassen. Aber die heutigen Verhandlungen werden wohl das beste Exzultorium zur Beschleunigung der Sache sein.

Abg. Schmeltzer (natl.) spricht sich dagegen aus, daß der religionsgeschichtliche Unterricht von dem katholischen Religionsunterricht getrennt werde und daß an dem erlernen die Kinder der Dissidenten teilnehmen sollen.

Abg. v. Wackerbarth: Ein Vortrag, den ich in einem konservativen Bürgerverein gehalten habe, ist von dem Berichterstatter falsch wiedergegeben worden. In der „Staatsbürger-Zeitung“ ist dieser falsche Bericht richtiggestellt worden; der Berichterstatter erklärte, daß er geschrieben hätte, ein Rechtsanwalt R. N.; es habe sich darauf ein Rechtsanwalt in Sorau beleidigt gefühlt. Es sind über diese Sache Artikel in „Berliner Tageblatt“ und in der „Freisinnigen Zeitung“ erschienen; eine von mir diesen beiden Zeitungen zugesandte Berichtigung ist nicht aufgenommen worden. Herr Nidert sollte ab und zu die „Staatsbürger-Zeitung“ lesen. Es scheint beinahe in freisinnigen Kreisen ein Verbrechen zu sein, die „Staatsbürger-Zeitung“ zu lesen. Es wurde in einem Bericht über einen Preßprozeß gesagt: Was soll man dazu sagen, daß der Staatsanwalt während der Sitzung die „Staatsbürger-Zeitung“ liest. (Sachlich rechts.) Ich habe nicht die Gerichte verächtlich wollen, sondern ich habe nur aufklären wollen, weshalb solche Meinungen über die Richter und die Rechtsanwaltschaft aufkommen können. Ich wollte nur davor warnen, daß die Zahl der jüdischen Richter vermehrt wird. In bezug auf die Angriffe gegen die Juden sollte man doch nicht so empfindlich sein. Der „Borfen-Courier“ sagt: die Antisemiten gehören ins Narrenhaus, und es wird weiter ausgeführt, daß die Mörder des Knaben Hegemann unter denen hinter Stöcker und Genossen zu suchen seien. Die Herren sollten die antisemitischen Blätter lesen, damit sie endlich einmal erkennen, was das Volk bewegt. (Beifall rechts.) Ich glaube, daß Herr Nidert darauf ausgeht, „Nathan von Weiser“ zu sein. (Sachlich links.)

Abg. Langenberg (Z.): Wir werden bestrebt sein, den Beschwörden der evangelischen Kirche, soweit sie begründet sind, abzuhelfen; wir müssen aber betonen, daß die katholischen Versammlungen Hege gegen die evangelische Kirche treiben. In den Petitionen gegen die Jurisdiktion der Jesuiten wirft man diesen letzteren alles Mögliche vor, nicht bloß die Vertheidigung des Grundgesetzes: „der Zweck heiligt die Mittel“, sondern auch des Königsmordes u. s. w. Unter den Unterschriften findet sich auch die des Kollegen Stöcker. Er könnte sich doch den ausgelegten Preis von tausend Thalern verdienen und nachweisen, in welchem Buche eines Jesuiten der Grundsatz, daß der Zweck die Mittel heiligt, aufgestellt ist. Er wird sich aber wohl hüten, den Versuch zu machen. Redner kommt dann auf die Rede des Abg. Worch zurück und bedauert, daß der Minister die Erledigung katholischer Angelegenheiten durch katholische Mäthe so schroff abgelehnt habe.

Minister Vosse: In einer ziemlich matten Rede die gegenwärtige Stellungnahme der Regierung zu vertheidigen und behauptet, daß die Regierung dem Zentrum gewiß nichts zu leide thun wolle.

Abg. Meyer-Berlin (Hr.): Die Judenhege und die Jesuitenhege stehen vollständig auf demselben Standpunkte. Das Eine ist so verwerflich wie das Andere. Das Antikatholiken-Gesetz hat für uns eine andere Bedeutung. Es schützt denen, die wegen ihres Gewissens in Verbindung gekommen sind, ihre Freiheit. Wir wünschen auch die Dissidenten zu sichern, die sich in Noth befinden wegen des Religionsunterrichts, der ihren Kindern ausgezogen werden soll.

Abg. Stöcker (Z.) beschwert sich über die Verweigerung einer Ordensniederlassung in Essen. Die Ordensbrüder sollten einmal der Noth an Seelsorgern abhelfen und auch der wachsenden Sozialdemokratie einen Damm entgegenstellen.

Minister Vosse: Bei der Neugestaltung einer Niederlassung eines Seelorge-Ordens ist die Bedürfnisfrage zu prüfen. Wenn Veränderungen in den Verhältnissen herbeigeführt sind, so bitte ich mir dieselben zur Kenntniß zu bringen.

Abg. Szmulca (Z.): Wenn wir, wie der Reichskanzler gestern sagte, ernstlich entgegengehen, dann sollte die Regierung alle staatsverhaltenden Parteien zu ihrer Unterstützung heranziehen. Die Sozialdemokratie nimmt zu in Oberschlesien, und die obereschlesische Geitlichkeit ist nicht im Stande, dem entgegen zu treten, weil die Staatsbehörden ihr nicht mit dem nöthigen Wohlwollen entgegenkommen. Die Sozialdemokraten suchen den Oberschlesier namentlich dadurch nahe zu kommen, daß sie in polnischer Sprache eine Zeitung herausgeben. Eine großpolnische Agitation, welche die Losreißung von der Krone Preußen will, giebt es in Oberschlesien nicht; wenn eine Agitation wegen der Sprache vorhanden ist, so hat die Regierung selbst sie durch ihre Maßregeln veranlaßt; erst infolge dieser Maßregeln sind die polnischen Blätter entstanden, die jetzt in Oberschlesien erscheinen.

Ministerialdirektor Kögler: Es ist wünschenswert, daß der Vorredner der großpolnischen Agitation in Oberschlesien in so bestimmter Weise entgegengetreten ist. Es sind aber Versuche gemacht worden, die Oberschlesier in die großpolnische Agitation hineinzuziehen. Ueber den Zustand der Schulen haben wir uns nicht bloß aus den Berichten der staatlichen Schulaufsichtsbeamten unterrichtet, sondern auch aus den Berichten der Kommissarien des Fürstbischöflichen von Breslau. Das Zusammenströmen der Arbeiter mag allerdings dahin geführt haben, daß die Schulen der Entwicklung nicht immer schnell genug folgen konnten. Sie können darauf vertrauen, daß wenn die Unterrichtsverwaltung auf diesem Wege vorgeht, dieses zum Vortheil für die Schulen gereicht.

Abg. Sperlich (Z.): Mit der Erklärung des „evangelischen Gewissens“, die der Minister gegeben hat, kann ich noch nicht zufrieden sein; der Ausdruck hat erhebliche Mißstimmung unter den Katholiken erregt. Der Ausdruck kann von seinen untergebenen Beamten leicht mißverstanden werden. Der Minister hat uns aufgefordert Anträge zu stellen; wir sind nicht in allen Fragen kompetent, und es ist auch nicht Aufgabe des Hauses, Gesetzentwürfe auszuarbeiten.

Darauf wird die weitere Berathung um 4 1/2 Uhr bis Montag 11 Uhr verlag.

Unterm neuen Kurs.

November 1892.

1. Meß. Kerkernecht Detsch wegen „Ausstoßens aufrührerischer Rufe“ (Singen der Marsellaise) 1 Monat Gefängnis.

• Bielefeld. Genosse Kobusch, Redakteur der „Volksrecht“, wegen Sendaarmbeleidigung 150 M. Geldstrafe event. 30 Tage Haft.

- 2. **Dalverstadt.** Genosse Osterburg, Redakteur der „Sonntags-Ztg.“ wegen Fabrikantenbeleidigung 2 Monate Gefängnis.
- 3. **Stuttgart.** Genosse Geiger, Redakteur der „Schw. Tagwacht“, wegen Fabrikantenbeleidigung 60 M. Geldstrafe.
- 4. **Essen.** Genosse Schlick, Redakteur der „Bergarbeiter-Ztg.“ wegen Beleidigung des Unternehmers-Sekretärs Dr. Reimann 2 Monate Gefängnis.
- 5. **Essen.** Genosse Seuen, Redakteur der „Thür. Trib.“ wegen großen Unfugs (Voylett-Erklärung) 80 M. Geldstrafe bez. 8 Tage Haft.
- 6. **Dortmund.** Genosse Diederich, Redakteur der „Westf. Fr. Presse“, wegen Militärbeleidigung 4 Monate Gefängnis.
- 7. **Magdeburg.** Genosse Lutz, Redakteur der „Volksst.“, von der Anklage großen Unfugs freigesprochen.
- 8. **Stendal.** Genosse Bierwirth in Osterburg wegen Rubringung rother Fahnen bei der Lausitzer-Feier 5 M. Geldstrafe.
- 9. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 10. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 11. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 12. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 13. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 14. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 15. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 16. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 17. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 18. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 19. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 20. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 21. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 22. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 23. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 24. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 25. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 26. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 27. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 28. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.
- 29. **Berlin.** Töpfer Thiemer wegen Fabrikantenbeleidigung in erster Instanz mit 50 M. Geldstrafe bestraft, vom Kammergericht freigesprochen.

- 30. **Hamburg.** Wegen Erhebung der Sonntagsruhe (durch Ausfragen des „Grundstein“) Maurer T. & M. Polzeibüchse.
 - 31. **Erfurt.** Genosse Galle, Redakteur der „Thür. Trib.“, wegen Polizeikommissar-Beleidigung vom Schöffengericht mit 50 M. von Landgericht mit 30 M. Geldstrafe belegt.
 - 32. **Brandenburg.** Genosse Gwald, Redakteur des „Volksblatt“, wegen Parrebeleidigung 100 M. Geldstrafe.
 - 33. **Dortmund.** Genosse Diederich, Redakteur der „Westf. Arbeiter-Zeitung“ von der Anklage der Polizeibeleidigung freigesprochen.
 - 34. **Dalverstadt.** Genosse Gerlach wegen Polizeibeleidigung 200 M. Geldstrafe.
 - 35. **Frankfurt a. M.** Genossen Knüpfer und Schmidt, wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes mit je 20 M. Polizeibüße belegt, vom Schöffengericht freigesprochen.
- Insgesamt 4 Jahre 2 Monate 2 Tage Gefängnis und 2435 M. Geldstrafe.

Der Parteivorstand.

Versammlungen.

Die öffentliche Versammlung aller in der Hutfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend, welche am 15. d. M. abgehalten wurde, nahm zunächst einen Vortrag des Genossen Tark über das Thema: „Der Kampf gegen das Verbrechen“ mit Beifall entgegen. Ohne weitere Diskussion schloß sich hieran die Aufnahme neuer Mitglieder in den Verein und die Berichterstattung über die Thätigkeit der Streik-Kontrollkommission durch den Delegierten zu derselben, Bökel. Derselbe gebot, wegen Uebertretung mit Arbeit in der nächsten öffentlichen Versammlung sein Amt niederzulegen. Des schwachen Besuches wegen nahm die Versammlung von einer Stellungnahme zum ersten Mal, wie die Tagesordnung vorgesehen hatte, Abstand. Diese Angelegenheit wird später erledigt werden. Zum Schluß wurden die Gewerbergerichts-Wahlen erläutert und Mitteilungen über die stattgehabte Arbeitsnachweis-Konferenz im Bürgercafé des Rathauses gemacht. Die Versammlung billigte die Schaffung einer Arbeitsnachweis-Statistik, verwarf aber die übrigen Projekte des Magistrats-Assessors Dr. Freund.

Die Blumen- und Puhfeder-Arbeiter und Arbeiterinnen waren am 12. Februar in den Arminhallen versammelt. Genosse Gont sprach über Arbeitslosigkeit und Arbeitslosen-Unterstützung und kam zu dem Schluß, daß die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung immerhin in der Fachorganisation näher erörtert werden solle, wenn die selbstverständliche Erhöhung der Beiträge, die bei Einführung derselben erforderlich sei, es auch notwendig mache, daß für und wider genau zu prüfen. Genosse Dost sprach sich gegen die Arbeitslosen-Unterstützung aus, und zwar meinte er, daß, wenn der Verein bei Gewährung derselben auch wohl an Mitgliederzahl zunehme, so würde ihm doch die Eigenschaft als Kampforganisation verloren gehen. Dieser Ansicht wurde jedoch vom Vorsitzenden entgegengetreten, indem derselbe anführte, daß jeder, der durch jehn- bis zwölfwöchentliches Feiern die Feinden unwilliger Arbeitslosigkeit bis auf den Grund aufgelöst habe, andern Sinnes werde und vor allem nicht daran denke, dem Verein den Charakter als Kampforganisation verloren gehen zu lassen. In einem Schlusssatz unterstützte der Referent warm die Ansichten des Vorsitzenden.

Im Bezirk Osten der hiesigen Zählstelle des Deutschen Tischlerverbandes hielt am 13. Februar der Kollege Th. Glöckner einen mit regem Interesse verfolgten Vortrag über die verschiedenen Lohnsysteme. Nach Beendigung des Vortrags regelte die Versammlung einige Verbandsangelegenheiten und wählte die Kollegen Siewert, Forner, Hope, Werner und Mahla zu Verbandskontrollleuten. Ferner wurde bekannt gegeben, daß sich die Bibliothek bei Henke, Blumenstr. 88, befindet und jeden Sonnabend, Abends von 8-10 Uhr, geöffnet ist, sowie daß die „Tischler-Zeitung“ Sonnabends von den Zählstellen abgeholt werden muß. Nachdem Kollege Glöckner noch in einer Ansprache zur regen Beteiligung an den Gewerbergerichts-Wahlen aufgefordert hatte, machte der Bevollmächtigte auf die nächste Verbandversammlung, welche Proklamatorstr. 37/38 stattfindet, aufmerksam.

In der öffentlichen Versammlung für Frauen und Männer, welche am Sonntag, den 12. d. M., in Klein's Lokal, Schönleinstr. 6, unter dem Vorsitz der Frau Fahrenwald stattfand, hielt der Zahnarzt Genosse Robert Wolf einen interessanten Vortrag über „Soziale Streiftichter“, welcher von den sehr zahlreich anwesenden Genossinnen und Genossen mit Beifall aufgenommen wurde. Nach stattgehabter Diskussion wurde unter Verschiedenem folgender vom Genossen Spömann eingebrachte Antrag einstimmig angenommen:

Die Versammlung beauftragt das Bureau, den Parteivorstand um Auskunft darüber zu ersuchen, wie es möglich ist, daß ein Partei-Organ, die „Breslauer Volksmacht“, ihren Lesern als Sonntags-Beilage ein auf dem Boden der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse stehendes Blatt beilegt, und zwar das „Jahrbuch Sonntags-Blatt“ (begründet von Otto Ruppini, aus dem Verlag und Druckerei der „Volks-Zeitung“ stammend). Da einem jeden Genossen mit Recht das Bekämpfen der generellen Presse zur Pflicht gemacht ist, so sieht die heutige Versammlung nicht ein, daß das, was den Genossen im allgemeinen nicht erlaubt ist, einem Partei-Organ, in diesem Fall der „Volksmacht“ gestattet sein soll.

Alsdann forderte Genosse Fahrenwald die Genossen auf, sich zahlreich an den Gewerbergerichts-Wahlen zu beteiligen.

Der Verein der Militärschneider hielt am 16. d. M. eine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, den Namen des Vereins in „Freie Vereinigung der Uniform- und Zivilschneider Berlins“ umzuändern. Ferner wurde bestimmt, daß jetzt auch jeder Kollege, welcher für Uniform- und Zivilgeschäfte Zivilbeleidigungen anfertigt, Mitglied werden kann. Das Einschreibegeld mit Mitgliedsbuch beträgt 50 Pf., der monatliche Beitrag 25 Pf. Aus dem Vorstand wurde der Rentant gestrichen und die Gesamtkasse dem ersten Kassierer übertragen. Unter Verschiedenem wurde noch auf die öffentliche Versammlung hingewiesen, welche Montag, den 27. d. M. stattfinden wird, und wozu besonders die Kollegen der Beamten-Lieferungsbranche eingeladen sind. Sonnabend, den 18. März, findet vom Verein aus eine der Bedeutung des Tages entsprechende Gedächtnisfeier in Brochnow's Salon, Sebastianstr. 39, statt.

In einer öffentlichen Versammlung der Bildhauer, die am 16. Februar stattfand, hielt Genosse Dr. Lätgen an einen interessanten und mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Staat und Zukunftsstaat“. In der Diskussion nahmen die Kollegen Worch, Klawitter und der Referent teil. Hierauf forderte Kollege Dupont zur regen Beteiligung an den Gewerbergerichts-Wahlen auf. Ueber die Streik-Kontrollkommission berichtete Kollege Winkler, daß die Bildhauer den Betrag von 200 M. an dieselbe abgeliefert haben. Winkler machte ferner darauf aufmerksam, daß das Junungs-Schiedsgericht der Steinbildhauer nicht die behördliche Genehmigung erhalten hat und daß daher auch diese Kollegen, soweit sie in den Listen vorgezeichnet stehen, an den Wahlen zum Gewerbergericht theilnehmen können. In der Debatte über den Bericht fragte Dupont, ob sich die

Streik-Kontrollkommission mit der Forderung der Sozialkommission, die Aufrechterhaltung der Bezüge über Kolle's Stablissement zu betreffen, zufrieden gegeben habe. Dupont sowohl wie Winkler, Klawitter, Donath und Dr. Lätgenau sprachen sich für bedingungsweises Freigeben dieser Lokale aus. Tischler König setzte auseinander, aus welchen Gründen die Sozialkommission die besagte Stellung eingenommen hat, und sprach die Ansicht aus, daß eine Volksversammlung kaum in anderem Sinne urtheilen werde. Sodann wurde Winkler auf ein weiteres Jahr in die Streik-Kontrollkommission gewählt. Zum Mitglied der Agitationskommission wählte die Versammlung den Kollegen Klawitter. Die Versammlung beschloß noch, auf den Graben der Märzgefallenen am Gedächtnistage einen Kranz niederzulegen, um zu dokumentiren, daß die Bildhauer Berlins den Vorkämpfern für Freiheit und Recht ein bleibendes Andenken bewahren.

Der Verein der Plätterinnen hatte am 7. d. M. eine Versammlung, in welcher nach eingehender Beratung auf Antrag des Fräulein Grothe beschlossen wurde, der ungünstigen Verhältnisse wegen fortan keine Unterstufungen mehr an Kranke zu gewähren. Die laufenden Unterstufungen sollen noch 14 Tage ausbezahlt werden. Des weiteren wurde beschlossen, am 15. April das Fest zur Feier des dreißigjährigen Bestehens des Vereins in den Konfordin-Sälen zu feiern und den Mitgliedern, welche ihren Beitrag bis März bezahlt haben, freien Eintritt und ein Herren-Billet zu gewähren. In Verschiedenem wurden noch die Arbeitsverhältnisse in der Fabrik von Emil Grünbaum kritisiert und beschlossen, daß keine Plätterin bei der Firma in Arbeit treten soll.

Der Fachverein der Holz- und Bretterträger hielt am 13. Februar eine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, am 18. März zu Ehren unserer Vorkämpfer einen Kranz auf dem Friedhof niederzulegen. Ein vom Kollegen Bloch gestellter Antrag, den gemahrgangenen Bergarbeitern eine Unterstufung zu gewähren, wurde nach längerer Diskussion von der Versammlung abgelehnt. Dagegen fand ein Antrag Annahme, wonach dem erkrankten Kollegen Schneider der Betrag von 20 M. überwiesen werden soll.

In der Versammlung der Lakiver, die am 13. Februar tags, sprach der Kollege Mal über „Geschichtliche Wahrheiten aus den Klöstern“. Sodann erging an die Kollegen die Aufforderung zur regen Beteiligung an der am 20. Februar stattfindenden öffentlichen Versammlung, zu der auch die Meister eingeladen sind.

Die in der Fitzschuh-Waende beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatten am 13. Februar eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Zeschke einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Kulturfortschritte der Menschheit hielt. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Unter Verschiedenem wurden die Arbeitsverhältnisse in der Fabrik des Herrn Paul Schubert, Bergstr. 88, einer scharfen Kritik unterzogen. Das Andenken des verstorbenen Kollegen Wallentin ehreten die Versammelten durch Erheben von den Plätzen.

Die Zahlstellen Wedding und Moabit vom Deutschen Tischlerverband hielten am 13. Februar eine Versammlung ab, in welcher nach Erörterung verschiedener Verbandsangelegenheiten vier Kollegen zu Werkstatt-Kontrollleuten gewählt wurden.

In Reinickendorf hielt der Arbeiter-Bildungsverein am 12. Februar seine Generalversammlung ab, in welcher Dr. Friedländer einen sehr belehrenden Vortrag über die sanitären Verhältnisse der Arbeiter hielt. In der Diskussion über die beifällig aufgenommenen Ausführungen brachten mehrere Redner die sanitären Mängel Reinickendorfs zur Sprache. Hierauf erstattete der Vorstand Bericht über seine Thätigkeit im letzten halben Jahr. Der Vorsitzende führte in seinen Mitteilungen an, daß in dieser Zeit eine Reihe Vorträge, theils politischen, theils wissenschaftlichen Inhalts gehalten worden sind und daß ferner der Verein am 14. August v. J. eine Agitationstour unternommen hat. Aus dem Berichte des Kassiers ergab sich, daß einer Einnahme von 300,18 M. eine Ausgabe von 293,45 M. gegenüber steht. Der Kassenbestand beträgt mithin 66,73 M. Dem Kassier wurde Decharge erteilt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt mit Ausnahme Malinowski's, des jetzigen Vertrauensmannes für Reinickendorf, für welchen Genosse Fischer zum 2. Vorsitzenden gewählt wurde. In Abschlus wählte die Versammlung die Genossen Meier und Wittling. Zum Schluß wurde zum jährlichen Besuch der am 26. Februar im Lokale des Herrn Neubauer, Dausottterstraße stattfindenden großen Gesangsprobe eingeladen.

Briefkasten der Redaktion.

Johem Schütt. Unter Schwerinstag wird im preussischen Abgeordnetenhaus und im Deutschen Reichstag der Tag verstanden, an dem Herkommen gemäß in erster Reihe Initiationsanträge, welche von Abgeordneten gestellt sind, beraten werden, das ist im allgemeinen der Mittwoch. Ueber berliner Zustände lesen Sie am besten die von Schippel in der „Neuen Zeit“ im vergangenen Jahre veröffentlichten Artikel und die darin stützten Broschüren nach. Besitzen Sie die „Neue Zeit“ nicht, so können Sie sie von Diez (Stuttgart) oder von der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin, Beuthstr. 2, beziehen.

M. S. 18 D. Es erbt nur die Frau und das Kind erster Ehe, Sie nicht.

Ein Abonnent. Statuten und Mitgliederverzeichnis müssen Sie einreichen, Damen können in den Vorstand gewählt werden. Sie thun gut, für den Verein ein Vereinsgesetz zu laufen. Schönhauser Allee 64. Bitte, uns bald gegen 1 Uhr besuchen zu wollen.

M. S. 9. Der Anspruch ist berechtigt, Sie müssen, falls Sie sich nicht im Termin einigen, verurtheilt werden. Das Urtheil ist vollstreckbar. Wegen der 4 M. und wegen der Kosten kann gepfändet werden. Ihre Frau kann ihre Eigentumsansprüche nur durch Gläubigerklärung und eventuelle Interventionsklage schützen. Ihre Forderung aus 1892 ist nicht verjährt, vielmehr noch einlagbar.

S. S. Nigdorf. Schriftliche Form ist für einen Gesellschaftsvertrag nicht erforderlich.

E. S. Die Mutter ist berechtigt, das ihr gehörige Sparkassenbuch zu versehen. Schriftlichkeit ist nicht erforderlich, aber zweckmäßig.

E. M. 1000. 1. Sie können bis zum 10. April warten, praktischer ist, sofort zu widersprechen. 2. Ein Vater kann nur aus im Gesetz angegebenen Gründen, nicht aber ohne Grund, ein Kind enterben. 3. Ja. 4. Sie fragen: wo ist die Zahlstelle der Kasse, die in Frankfurt a. M. ihren Sitz hat? Welche Kasse meinen Sie denn? Am schnellsten werden Sie durch direkte Anfrage in Frankfurt Nachricht erhalten.

M., Grünauerstraße. Auf die drei Fragen: ja. Zweifelhaft ist nur, ob zweite Klasse erstet wird.

J. S., Eilenburg. In 4 Jahren.

K. 2. Ein unter 20 Jahre alter Vater (also auch der von Ihnen gemeinte 15jährige) wird von der Alimentationspflicht gegenüber der 24 Jahre alten Mutter und deren Kind frei, wenn er beweist, daß er „zum Verschlag verführt“ ist. Ist er verurtheilt, muß er schleunigst Einspruch einlegen.

T. Nigdorf. Strafantrag und Klage würden leider ohne Erfolg sein.

W. 100. Die Schulpflicht endet erst mit dem 1. Okt. 1893.

W. Sch. Mariendorf. 1. u. 2. Ja, 3. 6 Stüd.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 21. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Süd-Ost“, Waldemarstrasse 75: **Versammlung.**
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Fritz Zubeil über: „Französische und deutsche Schulen“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.
 Um zahlreichen Besuch ersucht
 876/18* Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 21. d. M., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Seefeldt, Grenadierstrasse No. 33: **Versammlung.**
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Vökel. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 878/6 Der Vorstand.
 NB. Billets zum Stiftungsfest am 25. d. M. sind nur noch zu haben beim Vorstand und in den Zahlstellen. D. O.

Achtung! Moabit! Große öffentliche Volksversammlung am Montag, den 20. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/49.

Tages-Ordnung: 1. Warum haben wir kein freies Wahlrecht? Referent: Reichstags-Abgeordneter A. Stadthagen. 2. Diskussion. 3. Verurteilung des Wahlergebnisses der Gewerbegerichtswahl.
 1869b Der Einberufer.

Achtung! 1871b Achtung! Sozialdemokratischer Agitationsklub für den Osten Berlins. Große öffentliche

Versammlung für Frauen und Männer am Sonntag, den 19. Februar, Abends 6 Uhr, in „Schneider's Gesellschaftshaus“, Proskauerstrasse 37-38.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Adler über: „Der eiserne Schritt der Zeit“. 2. Diskussion. — Entree 10 Pfennig.
 Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein und Tanz.

Achtung, Putzer! (Maurer.) Sonntag, den 19. d. M., Vorm. 10 1/2 Uhr, in der Branerei Köpenick, Schönhauser Allee 10-11: Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wie werden sich unsere Arbeitsverhältnisse in diesem Jahre gestalten? 2. Gewerbegerichtswahl. 3. Bericht in einer Prozesssache. 4. Anträge des Vertrauensmannes und Verschiedenes.
 Der wichtigen Tagesordnung wegen bittet um zahlreichen Besuch.
 244/10* Der Vertrauensmann.

Achtung! Lackierer! Achtung! Große öffentliche Versammlung sämtl. Blech-, Wagen- u. Möbel-Lackierer Berlins und Umg.

am Montag, den 20. d. M., Abends punkt 8 1/2 Uhr in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstrasse 77-79.
 Tages-Ordnung: 1. Die Bestrebungen der Innung; die Ernennung des Innungsausschusses und unsere Stellung dazu. 2. Organisationsfrage. 3. Bericht, Abrechnung und Neuwahl des Vertrauensmannes. — Sämtliche Arbeitgeber, sowie der Vorstand der Innung sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen, es ist daher Pflicht der Kollegen, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Der Vertrauensmann.
 201/2 Heinz Kautenhaus, Fürstenstr. 6.

Arbeiter-Bildungsschule (Südost-Bezirk).

Sente, Sonntag, den 19. Februar, Abends 7 1/2 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79: **Versammlung.**
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Kernstein über: „Schuld und Strafe in sozialistischer Beleuchtung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Nach der Versammlung geselliges Beisammensein und Tanz. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.
 402/7 Die Kommission.

Handlungsgehilfinnen! Dienstag, den 21. Februar, Abends 9 Uhr, im Saale des Herrn Volk, Alte Jakobstr. 75:

Größe öffentliche Versammlung für die weiblichen Angestellten im Handelsgewerbe.
 Tagesordnung: 1. Die Sonntagsruhe und die Lage der Handlungsgehilfinnen. 2. Diskussion. 188/8 Kolleginnen! Es gilt die Sonntagsruhe, die in Gefahr ist, zu erhalten. Dem daran liegt, daß der Sonntag Nachmittag frei bleibt, muß diese Versammlung besuchen. — Kollegen als Gäste haben Zutritt.
 Hedwig Hippler, Galtjesches Ufer 14.

Verband der Möbelpolierer Berlins und Umgegend. Verbands-Versammlung

Morgen, Montag Abend 8 1/2 Uhr, im Lokale Andreasstr. 26.
 Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Antrag. 3. Abrechnung u. — Alle Mitglieder werden ersucht zu erscheinen und die neuen Statutenbücher in Empfang zu nehmen. Aufnahme neuer Mitglieder findet in dieser Versammlung, sowie im Arbeitsnachweis bei Herrn S. Henke, Blumenstr. 88, und bei Herrn Mohr, Oranienstr. 197, statt. Unentgeltliche Arbeitsvermittlung dort früh von 9-10 Uhr, Nachmittags von 4-5 Uhr. Adressenannahme den ganzen Tag.
 252/12 Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule (Norden).

Am Sonntag, den 19. Februar 1893, Abends 6 Uhr: **Große Versammlung im großen Saale des Eisellers, Chausseestr. 88.**
 Tagesordnung: 1. „Materialistische Geschichtsauffassung und die Geschichte des Materialismus.“ Referent: Reichstags-Abgeordneter W. Schmidt (Frankfurt). 2. Diskussion.
 Nach dem Vortrage findet geselliges Beisammensein statt.
 Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen!
 1869b* Die Schul-Kommission.

Arbeiter-Bildungsschule (Ost-Bezirk) Sonntag, den 19. Februar, Abends 7 1/2 Uhr, im Böhmischen Brauhause, Landberger Allee 11-13: Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn H. Jänich über: „Der wahre Sozialismus und der Kulturfortschritt der Menschheit.“ 2. Diskussion. 402/8
 Nach der Versammlung Tanz. Gäste, Damen und Herren sind willkommen.
 Die Kommission.

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen. (Zahlstelle Berlin.) Mitglieder-Versammlung

Dienstag, den 21. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, Dresdenstr. 45.
 Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl des zweiten Kassiers. 4. Kassienbericht. 5. Antrag des Zentralvorstandes, den Unterstützungsfonds betreffend. Zeitungen sowie Beiträge in der Versammlung beim Kassierer. Gäste, sowie unsere Berufsgenossen sind willkommen.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Grosse öffentliche Schneider- u. Schneiderinnen-Versammlung am Montag, den 20. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Müller, Johannisstr. 20.

Tagesordnung: 1. Unser bevorstehender Lohnkampf und haben wir ernsthaften Gegner? Ref. Koll. Aug. Taetrow. 2. Diskussion. 3. Die Bestrebungen des Magistrats-Assessors Dr. Freund um die Regelung der Berliner Arbeitsnachweise und unsere Stellung hierzu. Berichterstatter J. Zimm. 4. Diskussion. 5. Verurteilung der Wahlergebnisse der Gewerbegerichtswahlen.
 Die Arbeiter des Offiziersvereins, des Warenhauses für deutsche Beamte, die in den Moabgeschäften der Friedrichstadt, sowie diejenigen der großen Konfektionsgeschäfte mit Manufakturwaren sind besonders eingeladen. Zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen ist Pflicht.
 272/15 Die Agitations-Kommission.

Bairisch-Lagerbier-Brauerei Oswald Berliner
 Berlin N., Brunnenstrasse 112-114.
 Hierdurch beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich mit dem Ausstoss meines diesjährigen **Bock-Bieres** am Sonnabend, den 18. Februar, begonnen habe und werden gefällige Bestellungen hierauf in Gebinden und Flaschen prompt ausgeführt.
 Hochachtungsvoll **Oswald Berliner.**
 (Fernsprech-Anschluss Amt III No. 681.)

Bockbier
 in Gebinden und Flaschen empfiehlt **Die Brauerei Gambrinus.**
 Actien-Gesellschaft Charlottenburg.
 Telephon No. 27. [1886]

Möbel-Tischlereien von Rudolf Lorenz, Tischlermeister, Berlin SO., Reichenbergerstr. 157. Fernsprech-Amt IV. 509.
 Ich fertige und liefere sämtliche Möbel ganz bedeutend billiger als irgend ein Händler oder Magazin.
 Für die von mir gelieferteten Möbel biete ich Gewähr. Jeder Auftrag — ob groß oder klein — wird von mir grundsätzlich streng reell, korrekt und gewissenhaft ausgeführt. Meine Preise sind äußerst billig — aber fest. Netto Cassa. — Kein Handel. Direkt in meinen Tischlereien und Einrichtungen von 350 M. bis zu 5000 M. u. s. w. stets am Lager. — Kein Ladengeschäft.
 Nach den f. B. im Landes-Ausstellungspart von mir ausgestellten Wohnungs-Einrichtungen zu 600 M., bez. 1300 M. wurde ich nachweislich bis heute mit über 270 Lieferungen betraut.
Rudolf Lorenz, Berlin SO., Reichenbergerstrasse 157. 3565L

Allgemeiner deutscher Tapezirer-Verein.
 Montag, den 20. Februar, Abends 8 1/2 Uhr: **Versammlung** bei Boltz, Alte Jakobstr. 75.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Schmidt. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 Pünktliches Erscheinen erwünscht.
 1418b Die Ortsverwaltung.

Deutscher Senefelder-Bund.
 Mitgliedschaft Berlin.
 Dienstag, 21. Februar, Abds. 8 1/2 Uhr: **Allg. Mitglieder-Versammlung** bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44.
 a) Zentral-Strassen- und Sterbe-Kasse (in Liquidation).
 Tagesordnung: Rechnungsablegung pro 4. Quartal 1892.
 b) Allgemeine Unterstützungs- und Invaliden-Kasse.
 Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht pro 4. Quartal 1892. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Mitteilungen. [1421b]

Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfarbeiter.
 Dienstag, den 21. Februar, Abends 8 1/2 Uhr: **Mitglieder-Versammlung** bei Schirmmacher, Andreasstr. 26.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Rud. Köster über: „Die Pariser Kommune 1871“. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Wahl der Rechenschafts-Kommission und eines Vergütungs-Komitees. 5. Verschiedenes.
 Es ist Pflicht eines jeden zielbewussten Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen. Gäste willkommen.
 192/16 Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Seifenfieber und Berufsg. Berlins und Umgegend.
 Donnerstag, den 23. Februar, Abends 8 1/2 Uhr: **Generalversammlung** bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44.

Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Entrichtung der Monatsbeiträge. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.
 Um pünktliches Erscheinen ersucht
 287/5 Der Vorstand.

Steinmehstraße 40, Ecke Grob-Werchenstraße.

 Nur Güte mit Kontrollmarken. Grosse Auswahl in Schirmen.
W. Wolff.

Zur Einsegnung empfehle einen Posten schwarzen reinwollenen Cachemirs, doppelt breit, Metr. von 1 M. an. [8863E*]
 Einen Posten schwarzer u. colorierter Fantasiestoffe in schönsten Mustern, doppelt breit, Metr. von 1,10 M. an.
Wilhelm Jacoby, Oranienstr. 18, Ecke Heinrichsplatz.

Nur für Wieder-Verkäufer! Rauchrequisiten, als Cigarrenspitzen, Cigarettenspitzen, Pfeifen etc. in allen Holzarten, Meerschaum, Bernstein u. liefert billigst **Gustav Klein jr., Heilbronn (Württemberg).**
 Spezialität: Echtes Weichselwaren.

Vereins-Abzeichen.

 Stempel! Gravirung von Inschriften etc.

Möbeltischlerei und Polsterwaaren-Fabrik

von **A. Schulz**, 5. Reichenbergerstraße 5. 8592L

Größtes Lager einfacher und besserer Wohnungs-Einrichtungen von 240—3000 Mark.

Zirka 100 komplette Einrichtungen stets am Lager.

Garantie für dauerhafte Arbeit. Solide Preise.

Verlag des „Vorwärts“

Berliner Volksblatt

Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

Zu den am

20. Februar ex. stattfindenden

Gewerbeberichtsahlen in Berlin

empfehlen wir den Genossen zur Anschaffung die in unserem Verlage erschienene Ausgabe vom

Gesetz,

betreffend die Gewerbeberichte.

— Vom 29. Juli 1890. —

Mit erläuternden Anmerkungen, einer Uebersicht des Inhalts des Gesetzes und alphabetischem Sachregister.

96 Seiten elegant kartonirt; Preis 50 Pfennige.

Auf Grund dieses Gesetzes werden Gewerbeberichte eingeführt, denen die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zufällt. Unsere Genossen sind sich wohl bewusst, daß bei der Mangelhaftigkeit des Gesetzes eine wesentliche Aenderung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit nicht erreicht wird; dennoch ist es lobenswerth, wenn sie allen Einflüssen auszuweichen suchen, bei den Verhandlungen ein wachsam Auge haben. — Die in unserer Ausgabe dieses Gesetzes dem Texte der Paragraphen beigegebenen gemeinverständlichen Kommentare erleichtern den praktischen Gebrauch derselben ganz wesentlich. 400/15'

Ebenso halten wir vorrätig:

Orts-Statut für die Stadt Berlin

betreffend das

Gewerbegericht zu Berlin.

Preis broschirt 30 Pf.

Bei Partiebezug und für Wiederverkäufer Rabatt.

Sorben erschienen: Vorzügliche Agitations-Schrift!

Nieuwenhuis: Das Leben Jesu. Preis 40 Pf.

Zu haben bei: **Hans Baake**, Dresdenerstr. 52/53, City-Passage.

Zu den Einsegnungen!

Billigste Bezugsquelle

von **Uhren**

Gold- u. Silberwaaren

Reinh. Wankel, 8685L

Brunnenstr. 121 b, Ecke der Nollamerstraße.

Pferdebahn-Haltestelle.

Echter Langensalza'er Kantabak
von **Gebrüder Adler**.

Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlins und Umgegend.

Cigarren-Euroslager in den Preislagen von M. 25.— bis M. 100.—; Haupt-Niederlage: Jüdenstrasse 20.

Deutsche Kaffeemischung

à Pfund 40 Pfg. 2853L

Unentbehrlich für jeden Haushalt.

Diese Mischung giebt von 1 Loth 2 Liter vorzügliches Kaffeetränk. Nur allein echt in der Kaffeerösterei von

A. Pennitz, Rosenthalerstr. 59.

Musik-Instrumente.

Größtes Lager in Zithern, Violinen, Gitarren, allen Blasinstrumenten, sowie Harmonikas jeder Art. Musikwerke zum Drehen und selbstspielend (mit Arbeiterliedern). Reparaturen schnell und gut. Großes Notenlager.

Aug. Kessler, 51. Lausitzerstr. 51.

Uhren und Goldwaaren

Wilh. Wegner, A. Th. Zech.

Invalidenstraße 106. 3501L

Buchdruckerei von M. Schrinner

124 Brunnen-Strasse 124 3371L

empfeilt sich zur Anfertigung von Drucksachen jeder Art.

Achtung, Vereine!

Die Vereins-Vorstände resp. Vergnügungs-Komitees, welche uns mit Aufträgen unterstützen wollen, werden gebeten, dieselben nicht an Vorstands- noch Einzelmitglieder zu richten, sondern nur an den Geschäftsannehmer der freien Vereinigung der Zivil-Berufsmänner Berlins und Umgegend, von 11—1 Uhr im Restaurant Rosenstr. 30, dem nur im letzteren Falle kann der Verein die Verantwortung übernehmen, oder an Genossen Bernau, Rosenstr. 30. Der Vorstand. 367/12

E. Voigt, Geschäftsannehmer.

Um den vielseitig ausgesprochenen Wünschen meiner geehrten Kundschaft nachzukommen, richte ich vom

20. Februar d. J.

feste Preise

ein. Die Preise sind auf dem Etiquette des zu verkaufenden Gegenstandes mit gedruckten Ziffern vermerkt und auf das denkbar Günstigste kalkuliert.

Gleichzeitig beehre ich mich hierdurch ganz ergebenst anzuzeigen, daß ich zur größeren Bequemlichkeit meiner verehrlichen Kundschaft im Norden Berlins am

20. Februar 1893 ein 2. Geschäft

und zwar auf dem

Gesundbrunnen, Badstrasse 26, Ecke der Prinzen-Allee,

eröffne, welches in gleicher Weise und unter denselben realen Prinzipien von mir geleitet werden wird.

Ich bitte mir das seit 26 Jahren geschenkte Vertrauen auch auf dieses mein neues Unternehmen gütigst übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

D. Perleberg, Berlin N.

Herren- u. Knaben-Moden. (Gegründet 1867.)

1. Geschäft: Chausseestr. 57, Ede Piesenstraße.

2. Geschäft: Badstr. 26, Ecke der Prinzen-Allee.

Fernsprech-Anschluß Amt III Nr. 8418.

8654L*

Bekanntmachung.

Wir theilen hierdurch mit, daß wir vom 1. Januar 1893 ab den Preis elektrischer Energie für gewerbliche Zwecke auf

20 Pfg. für 1000 Wattstunden

ermäßigt haben. Auskunft wird in unserem Bureau Schiffbauerdamm 22 erteilt.

Berliner Electricitäts-Werke.

H. Richter, Optiker,

Berlin, O. Spittelmarkt, (Wallstr. 1) und Weinbergsweg 15b, nahe am Rosenthaler Thor.

Anerkannt beste und billigste Bezugsquelle aller optischen Artikel.



Rathenower Alumingold-Brillen und Pincenez,

garant. nie schwarz werd. M. 2,50
Nickelbrillen u. Pincenez „ 1,50
do. allerfeinste Qualität „ 2,—
Alles mit den besten Rathenower Krystallgläsern f. Qual. versehen.
Operngläser, rein achromat. M. 6.
Neul Richter's Opern- u. Reiseoglas

„Excelsior“

inkl. Federstul u. Riemen M. 12, übertrifft alles bisher Gebotene. Prompter Versandt nach außerhalb gegen vorherige Einsendung oder Nachnahme.

Genaueste Fachkenntnis. Eigene Werkstatt. 3545L

Bitte genau auf Straße und Nummer zu achten, um sich vor wertlosen Nachahmungen und Fälschung zu schützen. Sonntags v. 8—10, 12—2 geöffnet.

Rohtabak

Das reichsortirte Lager in allen in- und ausländischen Rohtabaken und in allen Preislagen empfiehlt

W. Lindenstädt,

Brunnenstr. 134, Landsbergerstr. 72.

Eine Parthie fehlerhafte

Teppiche

in Sophagröße à 5, 6, 8 u. 10 M., in Salongröße à 12, 15, 20—50 M.,

Teppich-Reste spottbillig!

Gardinen 3556 L

Stück von 22 Mtr. 10, 15—40 M.

Teppich-Fabrik **Emil Lefèvre,**

Berlin S.,

158 Granien-Strasse 158.

Prachtkatalog reich illustriert, gratis u. franko.

Uhren und Goldwaaren Max Busse

157. Invalidenstr. 157, zwischen Markthalle und Ackerstr. Gegründet 1877.

Für silberne und goldene Uhren, Regulateure u. Weder direktester Bezug. Schweizer Fabrikpreise. Gold-, Silber-, Granat- und Korallenwaaren in massenhafter Auswahl zu den denkbar billigsten Preisen. Die neuesten, geschmackvollsten Muster stets auf Lager. Massiv silberne und Eisen-Geräthe zu Hochzeits-Geschenken. 35022

Spezialität: **Goldene Ringe.**

In den Werkstätten werden die besten Arbeitskräfte Berlins beschäftigt, daher gewissenhafteste Ausführung von Reparaturen an Uhren und Goldsachen bei billigster Berechnung.

Gefärbt wird

für **2,50 bis 3,00 Mark**

in allen Farben: Damenkleider, Ueberzieher, Röcke, im Ganzen oder getrennt. Möbelstoffe à M. 1,—. Auch Betten und Tischdecken à Stück 1,25 Mark. Steppdecken à Stück 2 bis 2,50 M.

Damenkleider, hemisch gereinigt **2,50—3 Mf.**

Herren-Anzüge gereinigt und gebügelt 2,50 M. Abholung u. Zustellg. kostenfrei.

Gegründet **A. Pergandé.** Gegründet 1875.

Hauptgeschäft: Waldemarstr. 52, vis-à-vis Bethanien.

Gilalien: 3068L*
Görliherstr. 43, Reinickendorferstr. 8a. Potsdam: Ranenerstr. 18.



August Schulze

35 Kommandanten-Strasse 35
I. Etage 3601L

Frangirte: 2 Dukaten 21 M.

empfeilt sein Lager in massiven Ringen, Ketten, Korallen, Granaten etc.

Bitte auf Haus- No. zu achten.

J. Semmel, pratt. Zahnarzt, Dranienstr. 55 (Moritzplatz)

Sprechst. 8—1, 3—5. Poliklinik f. Unbemitt. 1—3, 5—6. Künstl. Zähne 2 M.

Vereinsabzeichen, Fahnen und Banner,

Schleifen, Tambour und Tambourblumen, Schilder, Stempel, Schablonen und Gravirungen etc. empfiehlt den Genossen

Gustav Kleist, Waldemar-Strasse 48. 3579L